

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1928

3.11.1928 (No. 305)

Karlsruher Tagblatt

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz...
 für den Handel: Dr. Heinrich Gerhardt;
 für Stadt, Boden und Nachbargemeinde: Dr. Gerhardt;
 für Heilbronn und „Vormittag“: Dr. Gerhardt;
 für Heilbronn: Dr. Gerhardt; für den übrigen Kreis:
 Dr. Gerhardt; für Interat: Dr. Gerhardt;
 Dr. Gerhardt in Karlsruhe Druck u. Verlag „Karlsruher
 Tagblatt“ (Concordia, Zeitungsverlagsges. m. b. H.),
 Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Gerhardt,
 Berlin W 57, Wilhelmstr. 88. Tel. Amt Karlsruher
 125. Für unentgeltliche Manuskripte übernimmt die
 Redaktion keine Verantwortung. Erscheinung der
 Heften von 11-12 Uhr vorm. Verlag, Schrift u. Geschäftsstelle:
 Karlsruhe, Ritterstr. 1. Tel. Nr. 18, 19, 20, 21. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 9547

Badische Morgenzeitung
 Industrie- und Handelszeitung

Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1756

Wo kommt der Weltflughafen hin?

In vollen Kränzen.

Von einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages wegen der Vorgänge im Ruhrgebiet ist an maßgebenden Stellen nichts bekannt.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei ist zum 22. und 23. Nov. nach Berlin einberufen worden. In dieser Sitzung werden die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius Referate halten. Die Feibelberger Sitzung des Parteivorstandes galt einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage.

An Stelle des bisherigen Vorkaufsrates Gene an der deutschen Botschaft in Moskau ist Legationsrat Dr. v. Ewardowski, der bisherige Berater des Reiches in der Presseabteilung der Reichsregierung, für diesen Vorkaufsratsposten aussersehen. Als assistierender Vorkaufsrat für den Botschaftersposten wird nach wie vor der gegenwärtige Vorkaufsrat in Konstantinopel, Adolph, genannt.

Zum Dirigenten der vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes ist der vortragende Legationsrat Dr. von Kaufmann ernannt worden. Gleichzeitig wurden die Referenten Dr. Blücher, Cohn und Dr. Heide zu Regierungsräten ernannt.

Für Oberleutnant Schulz, dessen Wiederannahmeverfahren betrieben wird, wurde der Antrag auf Haftentlassung gestellt.

Bei Chemnitz wurden drei Personen, die im Nebel das Herannahen des Zuges nicht bemerkt hatten, tödlich überfahren.

Der Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) hat zur Aussparung in der nordwestlichen Eisenindustrie eine Erklärung erlassen.

Im kürzlichen Landtagsprojekt beantragte der Staatsanwalt die Strafen. Mit Ausnahme des Hauptangeklagten Kleine wird keiner der Angeklagten eine Zuchthausstrafe zu erwarten haben.

Nach den neuesten Ergebnissen der Gemeindevahlen in London hat die Arbeiterpartei im ganzen 60 Sitze gewonnen, während die Konservativen 51 und die Liberalen 10 Sitze verloren haben. Nach den amtlichen Ergebnissen der Wahlen in England und Wales, ohne London, betragen die Gewinne der Konservativen 15, der Liberalen 13, der Arbeiterpartei 10 und der Unabhängigen 10 Sitze. Verloren haben die Konservativen 80, die Liberalen 28, die Arbeiterpartei 19 und die Unabhängigen 41.

In Lemberg kam es zwischen Ukrainern und Polen im Anschluß an eine in der ukrainischen Kirche für die Opfer der polnisch-ukrainischen Kämpfe von 1918 abgehaltenen Totenmesse an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen, bei den 15 Personen verletzt wurden.

Wäheres siehe unten.

Paris gibt in der Sachverständigenfrage nach.

Paris, 2. Nov.
 Wie die Telegraphen-Union aus sicherer Quelle erfährt, steht es nunmehr fest, daß die französische Regierung sich nicht mehr der deutschen Auffassung widersetzt, daß als Sachverständige für den Sachverständigen-Ausschuß zur Regelung der Reparationsfrage unabhängige Finanzfachverständige ernannt werden, d. h. solche, die nicht der Beamtenhaft angehören. Als voraussichtliche französische Vertreter in der Kommission werden der Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau, der Direktor der Bank Pazarb Freres und frühere Direktor für Handelsabkommen im Handelsministerium Cerruzs und der Abteilungschef für Finanz an der Banque de Paris et de Pays Bas, Jacques Soudou, früherer Direktor für Handelsangelegenheiten im Außenamt genannt.

Noch keine Entscheidung getroffen.

Eine Erklärung Dr. Edeners. — Karlsruher Aussichten.

Von verschiedenen Seiten war im Zusammenhang mit der Rückkehr des „Graf Zeppelin“ von seinem Amerikaflug gemeldet worden, daß die Entscheidung über den Standort des künftigen Weltflughafens bereits zugunsten der Umgebung von Basel gefallen sei. Wir haben eine ähnlich lautende angebliche Erklärung von Generaldirektor Colman von vornherein für wenig wahrscheinlich erklärt und werden in dieser Mitteilung jetzt bekräftigt durch Verneinerungen, die Dr. Edener gestern verschiedenen Pressevertretern gegenüber gemacht hat. Nach Dr. Edeners Ausführungen läßt sich über den Ort noch nichts sagen, wo die Halle, die als Weltflughafen der Transoceanluftschiffe zu gelten hat, errichtet werden soll. Er wird nach sachtechnischen Gesichtspunkten bestimmt werden. Es steht lediglich fest, daß die oberrheinische Ebene als günstigstes Gebiet in Frage kommt.

Diese Feststellungen Dr. Edeners entziehen allen Gerüchten den Boden, daß die Entscheidung bereits zugunsten des einen oder anderen Ortes gefallen sei. Sie werden aber auch gleichzeitig für die Karlsruher Stadterweiterung Anlaß sein, die begonnenen Bemühungen, den künftigen Weltflughafen nach Karlsruhe zu bekommen, mit allem Nachdruck fortzusetzen. Unterbrochen sind diese Bemühungen auch nicht infolge der oben erwähnten Gerüchte gewesen. Gegenwärtig ist, wie wir erfahren, Bürgermeister Schneider mit der Ausarbeitung eines Exposés beschäftigt, in dem noch einmal alle Gesichtspunkte zusammengetragen werden, die für Karlsruhe sprechen und die unsere Leser aus den Urteilen von Sachverständigen bekannt sind, die wir am Donnerstag veröffentlichten. Die Aussichten der badischen Landeshauptstadt sind übrigens, wie wir weiter erfahren, keineswegs ungünstig. Sie kann nach ihrer Lage und nach ihren meteorologischen Verhältnissen unter allen Umständen mit jeder anderen Stadt die Konkurrenz aufnehmen. In einzelnen Punkten sind ihre Vorteile ganz erheblich größer als die fast aller anderen Bewerber.

Die Fahrt nach Berlin

wird zu Beginn der nächsten Woche stattfinden. Gestern vormittag fanden Verhandlungen zwischen dem Luftschiffbau und Direktor Wehner vom Flughafen Staaken über die Berliner Reise des „Graf Zeppelin“ statt. Danach ist unter der Voraussetzung nicht ungünstiger Wetterverhältnisse

nisse beabsichtigt, daß das Luftschiff in der Nacht von Sonntag zum Montag aufsteigt und kurz nach Mittag in Berlin eintrifft. Inzwischen wird das Luftschiff bereits überholt, um rechtzeitig für die Berliner Reise fertig zu sein.

Beim Luftschiffbau geht dauernd eine solche Flut von Glückwunschtelegrammen ein, daß es nötig ist, sie erst zu sichten. Über die weitere Entwicklung der Luftschiffahrt erklärte Dr. Edener, daß er hoffe, mit Amerika eine Verkehrs-gesellschaft zustande zu bringen, die dann ein noch größeres und stärkeres Schiff baut, das den Beanspruchungen einer Ozeanfahrt auch bei den schwersten Stürmen gewachsen ist. „Graf Zeppelin“ wird dann als Schulschiff zur Ausbildung von Personal und zu anderen Versuchen benutzt werden, soweit er nicht in einem anderen als dem Transoceanverkehr Verwendung findet. Trotz dieser Pläne für die Entwicklung größerer und stärkerer Schiffe ist nochmals zu unterstreichen, daß der „Graf Zeppelin“ sich nach Ansicht Dr. Edeners auf seinen beiden letzten Fahrten ausgezeichnet bewährt hat, wie man es nach seiner Stärke nur verlangen konnte.

Um den blinden Passagier.

Die beiden großen Zeitungskongresse Ulstein (Berlin) und Dearth (New York) sind um den blinden „Zeppelin“-Passagier, Clarence Terhune, in einen amüsanteren Konkurrenzstreit geraten. Ulstein beschuldigte Dearth, den jungen Amerikaner auf geheimnisvolle Weise in das Luftschiff geschmuggelt zu haben, um sich die Schilderungen von dessen persönlichen Eindrücken zu verschaffen und damit den Lesern mit etwas Eigenartigem, Ueberraschendem aufwarten zu können. Es handelte sich also nicht um die dem Jungen angebotene mutige Tat, sondern um einen Bluff.

Die Dearth-Presse dreht nunmehr den Stiel um und erklärt: „Der Vorwurf, wir hätten den blinden Passagier an Bord des „Zeppelin“ geschmuggelt, ist lächerlich. Wir haben Kapitän Lehmann vor Abfahrt des Luftschiffes erlucht, das Schiff nach eventuellen blinden Passagieren durchsuchen zu lassen, und waren dann sehr beunruhigt, als später doch ein blinder Passagier entdeckt wurde, da wir fürchteten, daß die Konkurrenz ihn an Bord geleitet hätte, um auf diese Weise sich Berichte von der Fahrt zu verschaffen.“

Die Kriegsanleihe schiebung

Rund 62 Millionen zu Unrecht angemeldet. Die rumänischen Banken von Stinnes finanziert.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblatts.)

B. Berlin, 2. November.
 Obwohl die französische Regierung dem deutschen Ersuchen nach Auslieferung des in die Stinnes-Affäre verwickelten früheren Direktors des Delphi-Palastes, Joseph Schneider, zugestimmt hat, ist Schneider bisher noch nicht nach Berlin überführt worden. Es steht im Augenblick auch noch nicht fest, wann dies der Fall sein wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß Schneider, dessen Gelder von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden sind, keine Mittel mehr besitzt, um auf eigene Kosten den Transport von Paris nach Berlin durchzuführen. Die finanziellen Aufwendungen für die Durchführung der Auslieferungen werden von Staats wegen getragen, wenn die Beschuldigten in einem Sammeltransport fahren. Im Falle Schneider aber wäre die Möglichkeit einer schnellen Durchführung der Auslieferung nur gegeben, wenn die deutsche Botschaft in Paris das Geld für den Transport vorauslagte würde. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß das Personal der Botschaft infolge einer der vielen Bestimmungen des Verjaoler Vertrags in seiner Zahl derart beschränkt ist, daß es sich wahrscheinlich gar nicht mit derartigen Dingen befassen kann.

Unterdessen sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Aufklärung der Kriegsanleihe schiebungen ununterbrochen weitergegangen, daß nachstehende Firmen mit den genannten Beträgen als Strohmänner für die Kriegsanleihe schieber dienten: die Lugoser Volksbank in Lugos mit 2 730 000 M.; die Allgemeine Verkehrs-A.-G. Temesvar mit 1,1 Millionen; die Arader Gewerbe- und Volksbank in Arad mit 5 110 000 M.; die Cassa & Caspore Societät Prattium die Siova mit 3 750 000 M.; andere Firmen mit 2 840 000 M. usw. So wurden durch die rumänischen Banken 15 625 000 M. Kriegsanleihe zur Anmeldung gebracht. Zu dieser Summe kommen noch rund 21 Millionen der Societe des Mines d'Or Paris, an der der holländische Bankier Horn beteiligt war. Alles in allem wurden nach den vorläufigen Feststellungen für rund 62 Millionen Kriegsanleihe zu Unrecht angemeldet. Fest steht weiter, daß die 15,75 Millionen Mark, die durch die rumänischen Banken angemeldet wurden, von Stinnes finanziert worden sind. Die Feststellung der Geldgeber ist im übrigen recht schwierig, da die Leute sehr raffiniert zu Werke gegangen sind. Darüber, wann die Ermittlungen abgeschlossen sein werden, läßt sich im Augenblick noch nichts sagen.

Neue Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen

Zu den schwierigsten politischen Problemen gehört die Frage der Wohnungszwangswirtschaft. Der Reichstag hat sich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt und im vergangenen Jahre eingehend die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Oktober 1927 erörtert. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch geäußert, die Regierung möge ein einheitliches Programm für die weitere Entwicklung des Wohnungsbauwesens in Deutschland aufstellen. Das Reichsarbeitsministerium ist diesem Wunsche nachgekommen und wird dem Reichstag bei dessen Zusammentreten „Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen“ vorlegen, die der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt geworden sind. Wir geben nachstehend ihre Grundzüge wieder. Vorweg sei bemerkt, daß diese Vorschläge eine weitere Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft bis zum Jahre 1940 bedeuten, und daß sie deshalb eine baldige Beseitigung der Hauszinssteuer und die Verwirklichung von Maßnahmen, wie sie der Deutsche Städtebund vorgeschlagen hat, nicht erlauben lassen.

Die neuen Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen sehen eine Erweiterung der Aufgaben vor, die auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens bisher von der öffentlichen Hand in Angriff genommen worden sind. Sie gehen davon aus, daß der jährliche Durchschnitt von etwa 300 000 neuen Wohnungen, den man bisher als außerordentlich hoch bezeichnet hat, bestenfalls den normalen Bedürfnissen entspricht. Im Jahre 1927 ist dieser Durchschnitt erreicht worden. Legt man ihn dem künftigen Programm zugrunde, so ergibt sich daraus kein Abbau der bisherigen Betätigung der öffentlichen Hand, sondern eine Verstärkung. Dem entspricht es auch, daß die Richtlinien im Gegensatz zu den Auffassungen des Jahres 1926 zu dem Ergebnis kommen, der Zeitpunkt, an dem vielleicht einmal der Wohnungsbau im wesentlichen mit Mitteln des Privatekapitals gedeckt werden könne, sei in weite, zeitlich noch unbestimmbare Ferne gerückt. Man müsse zwar an dem Ziel immer härteren Heranziehung des Privatekapitals für den Wohnungsbau festhalten, jedoch müsse für die Zeitspanne bis etwa 1940, für die zunächst eine einheitliche, wenn auch nur allgemeine Planung des Wohnungsbauwesens möglich erscheine, die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln das Rückgrat des Wohnungsbauwesens bleiben. Gleichzeitig wird erklärt, daß die vom Reichstag geforderte Aufstellung eines einheitlichen Wohnungsbauprogrammes nur dann möglich sei, wenn in Zukunft die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau durch gesetzliche Bestimmungen für die ganze Dauer der oben genannten Zeitspanne gleichmäßig zur Verfügung gestellt würden. Mit der Erweiterung des Aufgabentranges müsse infolgedessen eine Erweiterung der Leistungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand gehen.

Für die Vorschläge, die das Reichsarbeitsministerium machen will, sind die Ergebnisse der Reichswohnungszählung maßgebend. Eine Erörterung aller Einzelheiten würde hier zu weit führen, zumal es sich zum großen Teil um Dinge von rein technischer Bedeutung handelt. Bemerkenswert ist nur, daß Ministerialrat Dr. Böls, der Wohnungsreferent im Reichsarbeitsministerium, nicht ohne weiteres das Ergebnis der Wohnungszählung zugrunde legen will. Die Zählung erstreckte sich im wesentlichen auf doppelt belegte Wohnungen. Nun erklärt Dr. Böls, die Verhältnisse der Einwohnungsverhältnisse, die sich in eine Wohnung teilen müssen, seien ganz außerordentlich verschiedenartig. Man müsse zwar grundsätzlich als Endziel jeder Wohnungspolitik fordern, daß tunlichst jede Familie ihren Haushalt in einer abgeschlossenen Wohnung für sich allein führen könne. Die heutigen Wohnverhältnisse seien aber mit denen der Vorkriegszeit nicht zu vergleichen, in der auch schon etwa 1 Proz. aller Wohnungen doppelt belegt gewesen seien. Heute sei für ältere Familien, vor allem für die weiten Kreise der Sozial- und Kleinrentner, ein wirtschaftliches Auskommen ohne Doppelbelegung gar nicht möglich. Auch die Fälle, in denen eine junge Familie mit den Eltern oder einem Elternteil zusammenlebe, seien weniger dringlich. Angesichts der vielen Scheidungen, die in der Nachkriegszeit gerade durch das Zusammenleben verschuldet worden sind, wird man hinter diese Behauptung vielleicht ein Fragezeichen setzen können.

Das Reichsarbeitsministerium hat sich besonders mit dem Wohnungsbau auf dem Lande beschäftigt. Es wird als notwen-

die bezeichnet, für die landwirtschaftliche Arbeiter neue Wohnungsverhältnisse zu schaffen, da es nur so auf die Dauer möglich sein werde, einen übermäßigen Zustrom vom flachen Lande nach der Stadt zurückzuhalten. Auf alle Fälle werde es notwendig sein, alljährlich mindestens 5000 häusliche Siedlungen und 10 000 Landarbeiterwohnungen zu schaffen. Da jährlich eine große Anzahl von Wohnungen unbewohnbar wird — Frankfurt a. M. bezeichnet von 113 500 Wohnungen 5000 als auf die Dauer unbewohnbar — so wird eine steigende Zahl von Neubauten für erforderlich gehalten. Dabei soll auch dem Wunsche nach Kleinwohnungen möglichst Rechnung getragen werden. Man rechnet für den Bau einer Wohnung einen Durchschnittssatz von 10 000 Reichsmark. Das würde also bei dem Bau von 300 000 Wohnungen im Jahre die Aufwendung von 3 Milliarden Mark bedeuten. Es braucht nicht weiter betont zu werden, welche Schwierigkeiten die Aufbringung einer solchen Summe haben müßte. Es ist deshalb beachtenswert, daß in den neuen Reichsrichtlinien die Notwendigkeit der Verbilligung sehr stark betont wird. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verbilligung des einzelnen Wohnungsbauwesens um nur 100 Mark schon einer Ersparnis von 300 Millionen gleichkäme. Man wird aber doch den Richtlinien darin Recht geben müssen, daß eine wesentliche Senkung der Herstellungskosten auf absehbare Zeit kaum in Aussicht steht. Die neuen Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen werden in der Öffentlichkeit und im Parlament sicher sehr eingehend erörtert werden. Man wird auf daran tun, ihre praktische Auswirkung nicht allzu optimistisch zu beurteilen, denn alle Bauprogramme haben bisher die Wohnungsnot nicht zu beheben vermocht.

Die Russen-Auktion in Berlin.

WTB, Berlin, 2. Nov.

In der nächsten Woche findet bei Lepke eine Versteigerung von Kostbarkeiten aus dem Leningerader Museum und Schloßern im Auftrag der Handelsvertretung der Sowjetregierung statt. Gegen diese Versteigerung war von russischen Emigranten in Berlin Einspruch erhoben worden. Der russische Fürst Alexander Dabitsch-Kotromanic hat durch Rechtsanwalt Frey den Antrag gestellt, drei Auktionskataloge, die er als aus seinem Besitz stammend erkannt hatte, gerichtliche von der Versteigerung auszuschließen und sicherzustellen. Das Landgericht hat dem Antrag nicht stattgegeben und zur Begründung angeführt: Nach der Konstituierung der jetzigen russischen Regierung sei der Besitz der Gegenstände, die dem Antragsteller gemäß seiner Behauptung von russischen Soldaten abgenommen worden seien auf die Regierung übergegangen.

Der Einwand des Klägers, daß russische Gesetze in Deutschland nicht anwendbar seien, wenn sie gegen die guten Sitten verstoßen, sei an sich richtig. Ein deutsches Gericht dürfe aber nicht einem von einer ausländischen Regierung vorgenommenen Hoheitsakt widersprechen, wenn diese Regierung, wie es bei der russischen der Fall sei, in Deutschland anerkannt sei. Daher wurde der Antrag vom Landgericht kostenpflichtig abgewiesen. Der Vertreter des Klägers hat sofort Beschwerde beim Kammergericht eingeleitet.

Ministerrat in Paris.

WTB, Paris, 2. Nov.

Der Ministerrat hat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik die Neufassung der Artikel 70 und 71 des Einheitsbudgets betreffend die Rückgabe von Vermögenswerten an bestimmte religiöse Ordensgesellschaften gebilligt. Der neue Text wird der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden.

An deutschen Kriegergräbern.

Totenfeier in Jory bei Paris. — Ansprache Votschasters v. Hoesch.

WTB, Paris, 2. Nov.

Auf dem Friedhof in Jory bei Paris fand heute vor den deutschen Kriegergräbern unter zahlreicher Beteiligung der deutschen Kolonie eine Gedenkfeier statt. Votschaster von Hoesch legte einen Kranz, dessen Schleißen in den Reichsfarben gehalten waren, nieder. Für die deutschen Frauen legte Frau Gesundheitsrat Dr. Dumont und für den Deutschen Hilfsverein, der im Laufe des letzten Jahres seine Tätigkeit wieder aufgenommen hat, Paul Wood einen Kranz nieder.

Votschaster v. Hoesch erinnerte in seiner Ansprache daran, daß in wenigen Tagen zehn Jahre verfließen sind, daß der Weltkrieg sein Ende fand. Er habe eine durch die gewalttätigen Ereignisse notwendig gemachte Umwälzung der Lebensformen und der Methoden zur Folge gehabt. Das deutsche Volk habe diesem Rechnung getragen und den Mut gehabt, sich wieder zum Schaffen und zur Arbeit zu bekennen, um aus den Ruinen neues Leben entstehen zu lassen. Man müsse jetzt nach einem 10jährigen Zeitabschnitt prüfen, ob die Völker, die ein Deutschlands Genosse waren und heute gemeinsam mit ihm um ihre Toten trauern, es verstanden haben, das Erbe der Gefallenen würdig zu verwalten. Wenn diese Prüfung noch nicht ein befriedigendes Ergebnis haben könne, wenn so manche Probleme, die zur Bildung drängten, im Laufe von langen zehn Jahren eine solche noch nicht gelöst haben, wenn berechtigte Enttäuschungen im deutschen Volk die Wunde offenlassen, so könne man doch ein Faktum mit Befriedigung feststellen: Das Wachsen der Friedensidee in der Welt. Sie habe im abgelaufenen Jahre ein sichtbares Zeichen durch den feierlichen Akt der Unterzeichnung des Vorties zur Beendigung des Krieges gefunden, der durch die persönliche Anwesenheit des deutschen Reichsministers des Auswärtigen eine besondere Bedeutung erhalten habe. Die deutsche Regierung habe sich von Anfang an rüchhaltlos und unerschrocken für die Grundgedanken dieses Paktes bekant. In einem schönen Sinne der Gedanken habe der Leiter der auswärtigen Politik, Frankreichs in seiner dem Pakt gewidmeten Rede den Vorstoß gemacht, den Tag der Kriegsende den Kriegsoytern der am Weltkrieg beteiligt gewesen Länder zu weihen. Nicht schöner und größer könne das Todesopfer der Gefallenen belohnt werden, wie wenn aus der Saat ihres Blutes die Frucht des ewigen Friedens hervorsprossen werde.

Das möge vielleicht manchem vernehmen und utopisch erscheinen, wenn eine solche Hoffnung sei es, die in den Sorgen der Gegenwart der Völkern als leuchtendes Bild der Zukunft erscheine. Möge der Wille zum Frieden und der Glaube an den Frieden weiter die Menschheit durchdringen. Dann werde vielleicht das, was die Staatsmänner auf Parlamenten und Urkunden niedergelagt haben und in mündlichen Kundgebungen verkündet haben, zum Gemeingut und heiligsten Gesech der Menschheit werden.

Votschaster v. Hoesch gab hierauf Kenntnis von den Arbeiten, die im abgelaufenen Jahre zur Erhaltung und Ausschmückung der deutschen Kriegergräber in Frankreich durchgeführt wurden. Fast ausnahmslos habe man feststellen können, daß die französische Gräberverwaltung den Wünschen der deutschen Weiden eine Fürsorge habe angedeihen lassen, die das bestehende Maß der vertraglich übernommenen Verpflichtungen

überschreite. Allerdings dürfe man sich nicht verhehlen, daß die Grenzen zur Pflege der deutschen und auch der französischen Kriegergräber zur Verfügung stehenden Mittel enger gesteckt seien, als das deutsche und das französische Volk zur Ehrung ihrer Toten wünschten.

Hierauf gedachte der Votschaster vor allem der segensreichen Tätigkeit des Volksbundes, der im abgelaufenen Jahre die Ausgestaltung von 33 Sammelfriedhöfen durch Instandsetzung und Errichtung von Ehrendenkmälern in Angriff genommen habe. Gleiche Arbeiten würden auch auf einer weiteren Anzahl von Friedhöfen im kommenden Frühjahr eingeleitet. Diese Arbeiten würden nach den Entwürfen eines eigens für diese Aufgabe gewonnenen Architekten im Einverständnis mit der französischen Gräberverwaltung durchgeführt. Durch das verständnisvolle Zusammenwirken der deutschen und der französischen Gräberverwaltungen, sowie des Volksbundes werde in absehbarer Zeit den in Frankreich ruhenden toten Kriegern, sowie die Umstände es zulassen, eine ihren Taten entsprechende Ruhestätte bereitet werden.

Schluß der Beweisaufnahme im Bergmann-Prozess.

WTB, Berlin, 2. Nov.

Mit der Vernehmung des früheren Staatsanwalts a. D. Prahl, der auf günstige Auskünfte des Staatsanwaltschaftsrates Jacobi und anderer hin 40 000 Mark dem Lombardhaus Bergmann zur Verfügung gestellt und verloren hat, wurde heute die Beweisaufnahme im Bergmann-Prozess nach 191 tägiger Dauer geschlossen. Die von dem Verteidiger zur Entlastung des angeklagten Staatsanwaltschaftsrates Jacobi neu vorgebrachten umfangreichen Beweisanträge wurden als unerschöpflich abgelehnt. Am Montag werden die Vertreter der Staatsanwaltschaft zur Begründung der Strafanträge das Wort ergreifen.

Drei Bergleute verunglückt.

WTB, Saarbrücken, 2. Nov.

Auf der Grube Kleinrosseln (Södingen) wurden drei Bergleute verunglückt. Einer von ihnen konnte nur als Leiche geborgen werden, die beiden anderen sind bald darauf im Krankenhaus gestorben.

Blutige Zusammenstöße in Lemberg.

Rampf zwischen ukrainischen und polnischen Studenten. 70 Personen verletzt.

WTB, Warschau, 2. Nov.

In Lemberg wurde gestern mittag von ukrainischen Chauvinisten in der ukrainischen Kirche eine Totenmesse für die Opfer der polnisch-ukrainischen Kämpfe vom Jahre 1918 abgehalten. Während des Gottesdienstes hielten zwei ukrainische Unordentliche aufreizende Reden, in denen sie die Gemeinde zu feindseligen Handlungen gegen die polnischen Behörden aufforderten. Die Kirchenbesucher verließen darauf unter feindseligen Kundgebungen gegen Polen die Kirche und griffen die Polizei mit Revolvergeschüssen an, wobei zwei Polizeibeamte verwundet wurden. Der Kommandeur der Polizei sandte darauf eine berittene Polizeieinheit zur Hilfe, die gleichfalls von den Manifestanten angegriffen wurde. Schließlich aber konnte die Menge zerstreut werden.

Nachmittags bildeten zahlreiche polnische Studenten einen Zug, an dem sich auch Einwohner der Stadt beteiligten, um der Entwürdigung der Lemberger Bevölkerung über die Herausforderung seitens der ukrainischen Chauvinisten Ausdruck zu verleihen. Der Zug, der durch die von Ukrainern bewohnten Straßen marschierte, wurde vom Volk am Gebäude der ukrainischen Gesellschaft Proswida aus mit Revolvergeschüssen empfangen. Einige polnische Studenten wurden dabei verletzt. Während dieser Vorfälle zerstörte der Pöbel einige ukrainische Geschäfte und Läden.

In diesen Zusammenstößen sind noch gemeldet: In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hatten unbekannt Täter beim Denkmal der Verteidigung Lembergs eine Petarde zur Explosion gebracht, die jedoch nur ganz unbedeutenden Schaden anrichtete. Bei den gestrigen Demonstrationen der polnischen nationalistischen Studenten entwickelte sich

zwischen ukrainischen Studenten einerseits und polnischen Studenten und Polizei andererseits ein regelrechter Kampf, in dem ungefähr 200 Schüsse gewechselt wurden. Hierbei allein wurden 18 Personen verwundet. 22 Ukrainer sind von der Polizei verhaftet worden. Um 8 Uhr abends zog dann die Volksmenge in die ukrainische Straße, wo sie das Gebäude der ukrainischen Tageszeitung „Dilo“ und das Büro der ukrainischen Versicherungsgesellschaft „Dnik“ bombardierte. Sie drang in den ersten Stock des Gebäudes und warf die Druckerietensrichtungen und die Teile der zerstörten Maschinen zum Fenster hinaus. Erst um 10 Uhr abends machte die Polizei den Ausschreitungen ein Ende. Insgesamt wurden bei den gestrigen Ausschreitungen ungefähr 70 Personen verletzt. 60 Ukrainer, die im Lager der ukrainischen Genossenschaft Centrosojuz interniert, wie polnischseits behauptet wird, eine Verschwörungsaktion für den kommenden Tag zu organisieren, wurden von der polnischen Polizei verhaftet und unter starker Eskorte ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Untersuchung ist eingeleitet.

STAATL. FACHINGEN
Für die Gesundheit!

Hauptniederlage: Bahm & Baßler, Zirkel 30, Tel. 255



Die „Pyramide“

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt enthält in ihrer heutigen Ausgabe (Nr. 43) folgende Beiträge: Karl Gustav-Karlruhe. — Das Theater. Von Dr. Wilhelm Bauer in Karlsruhe. — Erwerb im badischen Frankenland. Von Gustav Gmelin in Karlsruhe. — Die alt. Luft. Von Camill Alexander Vogt in Engers.

Kunst.

Die Kunst ist jeder Ruhepunkt auf dem Wege des Lebens, wo wir befreit von dem mühseligen Zug geschäftlicher Schwere und Dummheit, in höchstem Maße zum Empfang der Schönheit bereit sind und uns unserer Gottesläuderschaft zwangsläufig bewußt werden.

Ob das Wunder der Sprache in schönheitsflingenden Versen und herabwiegenden erschütternden Worten um uns klingen und in unserer Geist eindringt. Ob die gewaltige Kuppel eines Tempels, die himmelstreichende Spitze eines Domes, oder der ungeheurer Kubenklang einer Pyramide, im Licht der Dämmerung oder in der strahlenden Pracht des von der aufsteigenden Sonne erzeugten Völkerebens, meinen Geist zur Arbeit zwingt, mein Herz im Klang einer feinsinnigvollen Wehmüt erzittern läßt, im Gedanken an die dahingegangenen Menschenbrüder, die jene Dinge auftrugen mühen, um dem irdischen Geheimnisvollen Befehle dazu angehalten, der auch heute in unser Herz die Lust zu solchen Beginnen legt. Ob ein einfaches Volkslied, gleich dem Wehen des Windes, der von ferne kommt, wie Traum meine Stirne berührt und mein Herz in Schauer des Mittags fällt, oder der feierliche Klang eines Chorals, die Majestät einer, ins Unendliche wachsenden Fuge unsere Seele reinigt und mitklingend emporeicht, ob wir mit den Farben und Gestalten eines schönen Bildes Zwiesprache halten und

dabei uns langsam aller Eitelkeit entleiden, die Unschuld unserer Kindheit in unsere Brust zurückkehren lassen: immer ist ein freudvolles Gefühl in uns, Ebenbild jenes Unbekannten zu sein, aus dem das unbegreifliche Geheimnis unseres Lebens fließt, nach und nach aus dessen gewaltigem Vorbild alles dieses erlernt und geschaffen: immer empfangen wir die Offenbarung seines unermeßlichen Seins in schönster Form und grüßen alle Brüder und Schwestern, deren Seele sich in jene einzufüllen immer bereit.

Matthias Geh.

Badisches Landestheater

Lannhäuser von Wagner.

Stimmungsvoll war die Lannhäuser-Aufführung, die Altschellens-Abend einem gutbesetzten Hause dargeboten wurde, gerade nicht. Vielärm, wenig Glanz. Und wo gedämmt wurde, zerlegte sich das Potentbild, sank in Unklarheit, verlor die langatmige Bestimmtheit. Rudolf Schwarz wollte zuviel und es wurde zu wenig. Als hätte er selbst gefühlt, daß viele Stellen stumpf und leer seien, griff er zu merkwürdigen Mitteln. Die Wagnerische Farbengebung verträgt sie nicht. Es kann auch unmöglich jede Linie, jede Fönung vorbereiten sein. Man baut auch ein Haus nicht so, daß man die kleineren Stellen in die größte stellt. Je mehr Hintergründe, je mehr Raum. Je mehr Anonymität, je mehr Kunst. Die Ueberverdeutschung ist Wort des Klaren. Durchschlagen, in die Tiefe Vordringen.

Mit der Rom-Grählung, die Theo Straß vorzüglich sang, hob sich das Niveau der Aufführung. Marie Franck als Elisabeth in Spiel und Ausdruck wieder sehr gewinnend. Einige Töne haben die Reizung, bis zu werden, weil sie die Wohlart der Reizungsbeteiligung vermitteln müssen. Für Wolfram von Eschenbach setzte Josef Küßer zunächst männliche Kraft und Wärme ein, die sich im Sängereinsatz in allzu parfümierte Süßlichkeit verwandelte. Wie auch bei den andern Sängern. So daß aus dem Sängerkrieg eine überaus sanfte Angelegenheit wurde, wodurch die Schlagkraft der Periciple völlig ausblieb. Karlsruhe 1928

dürfte dem Bitteroll noch mehr Züge des „armen Volkes“ geben. Die übrige Besetzung: Dr. Herrn. Wucherer (Gandraf), W. B. Rentwig (Walter), Melba von Hartung (Wend), die aber nicht vor Tannhäuser hinlitten sollte. Jenny Schneider (Hilf) sind von früher her bekannt und oft gewürdigt worden.

Der Verkauf am Schluß der Vorstellung war stark.

75 Jahre Heidelberger Stadttheater. Am 31. Oktober 1928 waren es 75 Jahre, daß das Heidelberger Stadttheater durch den damaligen Prinzregenten und späteren Großherzog Friedrich I. eröffnet wurde. Das einem kleinen Weibestheater und einer Restruktur für man unter Leitung des damaligen Direktors Haack als erste Vorstellung in Heidelberg eintraf „Brant von Meßing“. Nach der Restruktur des neuaufgebauten Theaters, das einen großen Fortschritt darstellte, wurde am 1. Oktober 1928 die erste Vorstellung in der neuen Festsäle für 75 Jahre feierlich durchgeführt. Zum 50. Jubiläum des Theaters gab man unter der Direktion Heinrich Goethes „Gottfried“ Das 75. Jubiläum feierte man feierlich unter der Intendanz von Erwin Gahn mit „Emilia Galotti“, das unter Walter Reinius ausgearbeiteter Zuleitung mit Antonio Altshoff in der Titelrolle und Adolf Menner-Bruns als Prinz vor einem geladenen Publikum, unter dem man sich alle südwestdeutschen Oberbürgermeister erklärte, in Szene ging und mit beachtlichem Beifall aufgenommen wurde. Von 1853 bis 1924 war das Theater Stadttheater, seit 1925 ist es Theater der Stadt Heidelberg. Nach einer Interimszeit, in der Donns Herbert Michels das Theater leitete, war 1926 bis 1927 Eugen Keller Intendant, um jetzt von Erwin Gahn abgelöst zu werden. Besonders in den letzten Jahren gelang es dem Heidelberger Theater, ein außerordentlich hohes künstlerisches Niveau zu erreichen, was nicht zuletzt auf den schönen Theaterbau zurückzuführen ist, der am 6. Juni 1925 mit Urnauß „Prinz Louis Ferdinand“ eröffnet wurde.

Deutsche Studenten mußieren in England. Die Gruppe von 33 deutschen Studenten und

Studentinnen, genannt Deutscher Singkreis, die im September in Bremen ihre Abchiedsreise nach England darbot, ist nun rund drei Wochen in England. Diese Reise in einer Fortsetzung von gegenseitigen Besuchen der jungen Generation der beiden Länder, besonders die Erwiderung des Besuchs der englischen Volkstanzgruppe „Travelling-Morice“, die am Einladung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Berlin, diesen Sommer durch Deutschland reiste und in Gießen, Berlin, Halle, Weimar, Göttingen, Marburg und Bonn öffentlich tanzte. Der Weg des Deutschen Singkreises führte von Southampton, Southsea, Portsmouth über Bristol, Cardiff, Exeter, Worcester, Birmingham, Liverpool nach Manchester und Nottingham. Heberall fanden eine oder mehrere öffentliche Aufführungen statt. Jetzt erweist sich der Kreis einer Anhepante im stillen Norwich, um sich für den zweiten Teil der Reise zu rüsten. Der Chor wird noch erwartet in Cambridge, Winford, Oxford, Ely, Darkest, Ipswich, London und anderen großen Städten. Die deutschen Studenten sind überall in englischen Familien untergebracht und werden warm und verständnisvoll aufgenommen. Obwohl die Fachkritik in England sehr günstig lautet, steht doch überall bei Zeitungsausschnitten, Ankündigungen von den Gemeinden, Begrüßungen durch Stadtverhäupter usw., die Tatsache voran, daß eine Schicht von Deutschen in Deutschland vorurteillos und ohne politisches Schlagwort nach England kommt, um mit offenen Augen das Wesen der Nachbarn kennen zu lernen, um mit den Deutschen hier in persönliche Verührung zu kommen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Tibetforscher Dr. Fläner in Baden-Baden. Dr. Fläner hat mit seiner dreijährigen Expedition nach Tibet von 1925—1928 wohl die schwierigste, aber auch interessanteste und erfolgreichste Forschungsreise der Nachkriegszeit unternommen, eine Großtat deutschen Wissenschafts. Man hat jede Gelegenheit, den berühmten Forscher persönlich zu hören, da er am Montag abend, 5. November, im Kurhaus in Baden-Baden einen Vortrag (mit Lichtbildern) über seine Tibetexpedition halten wird.

Die Lage im Aussperrungsgebiet.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)
W. Pf. Berlin, 2. Nov.

Der große Lohnkampf in der Metallindustrie des Ruhrgebietes ist augenblicklich Gegenstand von Beratungen aller in Frage kommenden Instanzen im Reichsarbeitsministerium, ebenso wie im Reichswirtschaftsministerium über die weiteren Maßnahmen verhandelt. Der Arbeitgeberverband hat bereits heute das Arbeitsgericht angerufen in der Frage der Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs. Die Verhandlungen werden vor dem Arbeitsgericht in Essen stattfinden. Der Termin der Verhandlungen ist jedoch noch nicht bekannt. Ob es zu einer Verhandlung vor der obersten Instanz des Reichsarbeitsgerichts kommt, ist noch nicht zu übersehen, da zunächst die örtlichen Arbeitsgerichte über die Streitfrage entscheiden, ob der Schiedsspruch zu recht besteht.

Große Schwierigkeiten macht den Organisationen der Gewerkschaften die Tatsache, daß nach einer Entscheidung der Gemeinden und auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Arbeitslosen-Unterstützung nicht bezahlt werden kann. Die Gewerkschaften verlangen augenblicklich bei der Reichsregierung Hilfsmassnahmen für die ausgesperrten Arbeiter durchzuführen. Dagegen aber die rechtliche Seite der Unterstützungsfrage also noch keine Klarheit besteht, treffen die Wohlfahrtsämter der Städte im Westen bereits Vorbereitungen, um gegebenenfalls zur Unterstützung der nicht organisierten und in Not geratenen Arbeiter einzugreifen. In diesem Falle würde es sich nur um Unterstützung an besonders Bedürftige handeln. Als ungeeignet kann gelten, daß die Reichsregierung in ein schwerwiegendes gerichtliches Verfahren, worin es sich jetzt im Eisenkonflikt handelt, eingreifen wird. Deshalb dürfte auch der Reichstag nicht vor dem vorgesehene Termin, den 13. November, einberufen werden. Das Parlament wäre ohnehin zunächst nicht in der Lage, etwas anderes zu tun, als der Reichsregierung Hilfsmassnahmen zu empfehlen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sofort nach Zusammenritt des Reichstags eine Interpellation über den Lohnkampf in der Metallindustrie des Ruhrgebietes einbringen werden.

Die Spitzenorganisation der freiberuflich-nationalen Gewerkschaften, zu denen auch die Deutschen Gewerksvereine Hirsch-Duncker gehören, erklärt eine Erklärung, wonach der Gesamtwortstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten-Verbände mit der Aussperrung der rheinisch-westfälischen Eisenarbeiter einen Tarifbruch erkläre, für den die beteiligten Unternehmer alle Verantwortung zu tragen hätten, insbesondere auch alle rechtlichen, moralischen und staatspolitischen Folgen. Die Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit müßten im beschleunigten Verfahren den ernststen Verstoß gegen den Rechtsgedanken feststellen, um eine rasche rechtliche Abwicklung des Konfliktes zu ermöglichen. Der Staat habe seinerseits die Pflicht, mit unbedingter Entschlossenheit an der Idee des staatlichen Schlichtungswesens festzuhalten. Die Mitglieder der im Gewerkschaftsring zusammengeschlossenen freiberuflich-nationalen Arbeiter- und Angestellten-Verbände ständen in kameradschaftlicher Solidarität an der Seite ihrer von der Kampfmassnahme der westfälischen Eisenindustrie betroffenen Kollegen und würden ihnen jede nur mögliche Unterstützung zu teil werden lassen.

Wie aus Essen gemeldet wird, ist die Lage im Aussperrungsgebiet ruhig. Die Arbeiter werden von ihren Gewerkschaften von der Straße ferngehalten, um Ansammlungen und eventuelle Unruhestörungen zu vermeiden. Beim christlichen Metallarbeiterverband tragen die Aussperrten in Listen ein, die dem Arbeitsamt weitergegeben werden, um Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.

In Duisburg trafen heute vormittag die Vertreter der drei Metallarbeiter-Gewerkschaften zusammen, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. In der Besprechung wurden nur taktische Maßnahmen erörtert, über die jedoch die Gewerkschaften nichts mitteilen können.

Als die Arbeitnehmer heute morgen nach Besingen der Gewerkschaften vor den einzelnen Fabriken erschienen, um die Arbeit aufzunehmen und so die Aussperrung zu ignorieren, fanden sie keinen Einlass. Die Werke haben sämtliche Betriebe stillgelegt, die Feuerung gelöscht und sogar ihre Lehrlinge verabschiedet. Auch Notstandsarbeiten sollen nicht verrichtet werden. Das Straßenbild in den Industrievierteln erhielt durch die vor den Fabriken und in einzelnen Versammlungsstellen sich sammelnden Arbeiter eine besondere Note. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen, da alles nach Anweisungen der Gewerkschaften ruhig und besonnen ist. Die Gewerkschaften gehen an, daß die Gegenmassregeln der Arbeitgeber sie nicht treffen könnten, da im westfälischen Bezirk nur ein Viertel der Arbeitnehmer organisiert sei. Die Hauptlast der augenblicklich kritischen Lage würde von den Nichtorganisierten getragen. In den letzten Tagen haben die Gewerkschaften außerordentlich großen Zulauf von bisher noch nicht organisierten Arbeitnehmern erhalten. In einem Aufruf der Gewerkschaften wird erneut auf den Ernst der Lage hingewiesen und aufgefordert, nicht über die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine rechtliche Regelung erfolgt.

Der Kyriker Landbundprozess.

Die Plaidoyers und die Strafanträge.

WTB. Kyritz, 2. Nov.

Am Freitag wurden im Kyriker Aufrührprozess die Plaidoyers gehalten. Als erster ergriff Staatsanwaltschaftsrat Borchert das Wort, um den Tatbestand darzulegen. Der Staatsanwalt beschäftigte sich im einzelnen mit der Haltung der Leitung der Demonstration. Ernsthafte Versuche, die Menge zum Weitergehen zu bewegen, haben die Führer nicht gemacht, als sie aus dem Finanzamt kamen, obwohl dies der geeignetste Augenblick gewesen wäre. Daß die Führer zuletzt noch zu retten suchten, was noch zu retten war, ändert an ihrer Schuld nichts.

Oberstaatsanwalt Müller erörterte darauf die juristische Schuldfrage. Die Schungsbeamten haben nur ihre Pflicht getan. Die Führer und der einzelne Mann konnten nicht anders handeln, als sie gehandelt haben. Unzweifelhaft liegt auch Widerstand gegen die Staatsgewalt und Bedrohung von Beamten, um eine Amtshandlung zu erzwingen, vor. Alle Mitglieder der Deputation haben sich in diesem Sinne schuldig gemacht. Am schwersten ist der Angeklagte Cordes schuldig. Er hat anfeindend und aufreizend gewirkt. Auch v. Jena, Staffelt und Schneider haben als Mädelführer gewirkt. Der Angeklagte Lieberenz hat einen Steinwurf zugegeben. Auch er ist des schweren Landfriedensbruchs schuldig. Als Mädelführer kommen ferner in Frage die Angeklagten Kleine, Siegel und Krüger.

Darauf behandelte der Staatsanwaltschaftsrat Borchert ausführlich die Taten der übrigen Angeklagten, gegen die nur wegen einfachen Landfriedensbruchs Anträge erhoben sind. Oberstaatsanwalt Müller führt u. a. noch aus, daß die Staatsanwaltschaft keine Veranlassung hat, bei denjenigen, die nur des einfachen Landfriedensbruchs und des einfachen Aufrührs schuldig sind, über die geringste Strafe hinauszugehen, bei den übrigen der Meinung ist, daß auch ihnen mildernde Umstände zuzubilligen sind, daß vor allen Dingen von Zuchthausstrafen nicht die Rede sein darf.

Darauf beantragte der Oberstaatsanwalt Müller heute folgende Strafen:

Wegen qualifizierten Landfriedensbruchs und qualifizierten Aufrührs gegen den Angeklagten Cordes zehn Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldbuße, gegen v. Jena neun Monate Gefängnis 600 Mk. Geldbuße, gegen Staffelt neun Monate Gefängnis, 800 Mk. Geldbuße, gegen Schneider neun Monate Gefängnis, 450 Mk. Geldbuße, gegen Lieberenz sieben Monate Gefängnis,

250 Mk. Geldbuße, gegen Dierke acht Monate Gefängnis, 800 Mk. Geldbuße, gegen Langhoff acht Monate Gefängnis, 400 Mk. Geldbuße, gegen Siegel sieben Monate Gefängnis, 850 Mk. Geldbuße, gegen Wiese acht Monate Gefängnis, 400 Mk. Geldbuße, gegen Winter sieben Monate Gefängnis, 500 Mk. Geldbuße, gegen Kleine, der außerdem noch wegen Verleumdung angeklagt ist, ein Jahr Gefängnis, 200 Mk. Geldbuße und 500 Mk. Geldbuße, gegen Bode, der gleichfalls auch wegen Verleumdung angeklagt ist, acht Monate Gefängnis, 150 Mk. Geldbuße, gegen Frau v. Klinging werden wegen einfachen Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis und 500 Mk. Geldbuße beantragt.

Auch gegen die übrigen Angeklagten werden wegen einfachen Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 6 Monaten und Bußen von 200 bis 500 M beantragt. Bei elf Angeklagten beantragte der Staatsanwalt Freisprechung. Der Oberstaatsanwalt beantragte für alle Angeklagten, mit Ausnahme des Angeklagten Kleine, bedingte Strafssetzung, soweit die Freiheitsstrafen in Betracht kommen.

Rechtsanwalt Dr. Sommer (Präsident) wies zu Beginn seiner Verteidigungsrede auf die Notlage der Landwirtschaft hin. Der Landwirt, der oft bis zwölf Stunden täglich hart arbeiten müsse, könne nicht einmal die Steuern zahlen. Die Reichsregierung habe zwar die Notlage anerkannt, es jedoch an durchgreifenden Hilfsmassnahmen fehlen lassen, so daß sich schließlich die Landunproduktion gezwungen gesehen habe, mit größerer Intensität die Vertretung ihrer Interessen wahrzunehmen. So sei es am 12. März zu den bekannten Kundgebungen in den verschiedenen Teilen des Reiches gekommen. Der Angeklagte, Major a. D. Cordes, habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Umzüge in völliger Ruhe vor sich gehen müßten. Nirgends sei es zu Unruhestörungen gekommen, nur in Kyritz. Weil die Polizei eingegriffen war, sei die Menge an Ausschreitungen gereizt worden. Das Werfen von Glühbirnen bezeichnete der Verteidiger als eine dumme Tat.

Nach der Mittagspause hielt Rechtsanwalt Bloch sein Plaidoyer. Er plädierte für Freisprechung aller der einfachen Teilnahme Angeklagten. Soweit Ausschreitungen und Tätlichkeiten vorgekommen seien, sei er der Ansicht, daß das Einziehen der Maschinenpistolen eine Ueberschreitung der Grenzen der Redemäßigkeit darstelle, so daß juristisch die Verletzung des Widerstandes eingetreten sei.

Das Urteil wird am Dienstag vormittag verkündet werden.

Zweite Kirschen- und Kartoffelernte.

Berlin, 2. Nov.

Die über dem Durchschnitt liegenden Temperaturen und die milden Herbstnächte haben in diesem Jahre in vielen Gegenden eine zweite Baumblüte hervorgebracht. So hat ein Bauer in Borstfeld bei Achim (Elbmarschen) in diesen Tagen eine zweite Kirschernte herangebracht. Die neuen Früchte sind ein wenig kleiner als die der ersten Ernte. Ein Gartenbesitzer in Achim hat sogar eine zweite Kartoffelernte erzielt. Er legte nach der Frühkartoffelernte neue Pflanzkartoffeln der alten Ernte. Die Knollen der neuen Ernte gleichen der ersten nach Geschmack und Größe.

Schiffsunglück.

WTB. Kiel, 2. Nov.

Der französische Dampfer „Virgine“, auf der Fahrt nach Odigen, über rannte gestern abend bei Diesigem Weiter auf der Höhe des Baderotes Laboe ein Fischerboot. Die beiden Fischer veranken in den Wellen. Ein zweites Fischerboot rettete einen der Verunglückten.

Hemmschuh auf den Schienen.

WTB. Magdeburg, 2. Nov.

Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Magdeburg wurde am 1. November zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags auf dem Gleis Halberstadt-Magdeburg zwischen Barfäßt und Großenkneten ein Hemmschuh gefunden, der von unbekannter Hand dorthin gelegt worden war. Der Hemmschuh konnte durch den Blockwart rechtzeitig entfernt werden, so daß Betriebsstörungen nicht eingetreten sind. Die Reichsbahndirektion Magdeburg hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Drei Personen vom Gilzug überfahren.

WTB. Chemnitz, 2. Nov.

Heute vormittag wurden zwischen Wittgensdorf und Burgstädt der Reichsbahnanlenkungs-Kröße und die beiden Schachtmeister Jentich und Klania von einem Gilzug tödlich überfahren. Die Verunglückten hatten sich während der Frühstückspause auf dem Geleise aufgehalten und wegen des dichten Nebels den Zug nicht rechtzeitig wahrgenommen.

Doppelter Selbstmordversuch.

Berlin, 2. Nov.

Heute vormittag spielte sich eine Tragödie in der Regentenstraße 13 in der Wohnung der Bankierswitwe Kosschid ab, über die das „Tempo“ berichtet: Frau Kosschid, ein 74jährige Dame, die Mutter des durch seine verschiedenen Affären bekannten Moser-Kosschid-Deneiga hat sich gemeinsam mit ihrem Sohn durch Veronal zu vergiften versucht. Beide wurden nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Der Zustand ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Grund zu dieser Tat ist darin zu suchen, daß in der Wohnung eine Plünderung vorgenommen wurde, die die alte Frau und deren Sohn in große Erregung setzten.

Mord und Selbstmord.

WTB. Dortmund, 2. Nov.

Der im Stadtteil Mengede wohnende 21jährige Bergmann Theodor Wallach tötete heute vormittag die 22jährige Ehefrau Anna Wraczyn in deren Wohnung durch einen Revolveranschuss in die Schläfe. Dann versuchte er sich zu erschießen, was ihm nicht gelang, da der Revolver eine Ladehemmung hatte. Hierauf nahm er das Rasiermesser des Gemeinnes der Frau Wraczyn und schnitt sich den Hals bis auf den Halswirbel durch.

Tödlicher Unfall.

WTB. Königsberg, 2. Nov.

Einem tödlichen Unfall ist der ord. Professor Dr. Wilhelm Böls zum Opfer gefallen. Dr. Böls hatte sich gestern auf das Versuchsgut der Universität begeben. Am Nachmittag wurde er von dem Administrator in einer Grabenbühnung tot aufgefunden. Offenbar hatte Professor Böls den Graben überspringen wollen, wobei sich seine Jagdflinte entlud. Die Scharladung war dem Professor in den Kopf gegangen.

Erdbeben in Kalifornien.

WTB. Los Angeles, 2. Nov.

Die Ortschaft Compo im Bezirk Santa Barbara in Kalifornien wurde gestern Abend von zwei schweren Erdbeben heimgesucht. Die wenigen spärlichen Nachrichten, die trotz der Störung der Verbindungen einliefen, besagen u. a., daß gleich nach dem Erdbeben, dessen erster Stoß um 9.45 Uhr abends örtlicher Zeit und dessen zweiter um 11.05 Uhr einsetzte, der 600 Meter des Ortes explodierte. Durch den Luftdruck der Explosion wurden das benachbarte Hochschulgebäude und ein Sportklubhaus beschädigt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wurde niemand verletzt. Compo hat etwa 2000 Einwohner.

Die europäische Türkei.

Gestern arabisch, heute lateinisch.



Zwei Zeitungsexemplare

zeigen am besten den ungeheuren Wandel her Zeiten in der Türkei. Am 19. Oktober dieses Jahres ist die Stambuler Zeitung „Cumhuriyet“ noch in den seit tausend Jahren in der Türkei gebräuchlichen arabischen Lettern, einen Tag später aber schon in lateinischen Buchstaben erschienen. Die Unterrichtsidee zum Erlernen der lateinischen Schrift in der Nummer am 20. Oktober ist aber mehr als nötig, da die Bevölkerung die neuzeitliche Schrift nur notdürftig beherrscht. Andererseits hat Kemal Pascha die Herausgabe von Zeitungen in der alten Schriftart mit dem 20. Oktober verboten. Inoffiziell waren die Stambuler Zeitungen schon seit längerer Zeit modernisiert. Die mittelalterliche Schrift stand in der Nummer vom 19. in einem gewissen Gegensatz zu der modernen Karte der

Atlantik-Flüge. Der Eindruck der Titelseite am 20. ist schon einseitig. Das Bild des hauptsächlich dargestellten Parlamentspräsidenten Kazım Pascha, der einen Hut und keinen Fes in der Hand hält, rückt von der lateinischen Textseite schon garricht ab.

Die große Nationalversammlung in Angora hat gestern das Gesetz über die Einführung der lateinisch-türkischen Schrift einstimmig angenommen. Daraus wird vom 1. Dezember an für jede Art von Veröffentlichungen die Anwendung der neuen Schrift obligatorisch. Die Regierung und sonstige öffentliche Behörden, sowie Privatgesellschaften müssen vom 1. November an jede mit den neuen Schriftzeichen beschrifteten Eingaben usw. annehmen.

**Es ist tatsächlich so:
Kaffee Hag bekommt immer**

Aus der Landeshauptstadt.

Reformationsfeier.

Überall in der deutschen evangelischen Welt feiert man in diesen Tagen das Reformationsfest. Wo die Gemeinden im Besitze der Kirchenlöhne mit dem violetten Kreuz auf weissem Grunde sind, werden an diesem Tage die Kirchen besetzt sein. Beim Ausgang aus den Kirchen wird eine allgemeine Kirchenversammlung für die badische Diaspora veranstaltet; durch das große deutsche Gustav-Adolf-Fest in Freiburg ist das Interesse dafür neu angeht worden. In vielen Gemeinden, vor allem in denen der großen Städte, werden außerdem Gemeindefestlichkeiten gehalten mit Vorträgen aus der Reformationsgeschichte, auch mit Festspielen. Auch Gegenwartsfragen werden behandelt; so wird auch da und dort die Konfessionsfrage geklärt, die die evangelischen Kreise in Unruhe versetzt.

Am Sonntag, 4. d. M., wird die hiesige evangelische Kirchengemeinde abends 8 Uhr im großen Saal der Stadt. Festhalle eine Reformationsfeier abhalten. Die Vereinten Evang. Kirchengemeinden werden unter Leitung von Hauptlehrer Djerunian, dem Dirigenten des Kirchenchores der Lutherkirche, Chorleiter von J. E. Bach und Prätorius vortragen. Am Orgelwerk wird Kirchenmusikdirektor Vogel sitzen und eine Kantate für Orgel von Schellenberg spielen. Auf einen von Kirchenrat Hindenlang verfaßten und vorgetragenen Vorschlag wird das Begrüßungswort des Vorsitzenden des Evang. Kirchengemeinderats, Präsident D. Döbler, folgen. Pfarrer Kober von Knielingen wird über „Zwei Bilder deutscher Frömmigkeit im Rahmen der Wartburg“ und Pfarrer W. a. s. von Heidelberg über „Das evangelische Erbe in der Not unserer Tage“ sprechen. Mit dem Choral „Ein feste Burg“ wird die Feier beschlossen werden. Die gesamte Gemeinde ist eingeladen. Die verschiedenen kirchlichen Vereine haben auch zur Feier eingeladen, sie erwarten von ihren Mitgliedern vollzähliges Erscheinen.

Grüß des „Arion“ Brooklyn „via Graf Zeppelin“.

Eine sehr freundliche Aufmerksamkeit und Ueberachtung außergewöhnlicher Art wurde am Morgen des 2. November dem Verkehrsverein an seinem Jubiläumstag zuteil. Der Präsident des amerikanischen Männergesangsvereins „Arion“ Brooklyn, Dr. Gotthard E. Senfart, der seit dem Besuche des „Arion“ und dem Konzerte dieses Jahres der Karlsruher Bevölkerung noch in bester Erinnerung ist, landete „via Graf Zeppelin“ mit den interessanten Flugmarken ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Da in einigen Tagen der „Graf Zeppelin“ seinen Rückflug nach der alten Heimat antritt, möchte ich nicht die Gelegenheit verpassen, Ihnen, wie allen lieben Sängern und Bürgern von Karlsruhe, meine herzlichsten Grüße durch diesen „Himmelsboten“ zu übermitteln. Ich spreche mir von unserer herrlichen Reise, und daß Karlsruhe mit zu den schönsten Tagen gerechnet wird, ist wohl selbstverständlich. Dankbaren Herzens gedenken wir der liebevollen Aufnahme und der herzlichen Worte Ihres Herrn Bürgermeisters. Auch diesem Herrn wollen Sie, bitte, unseren Dank und unsere Grüße übermitteln. Dasselbe bitte ich auch dem Vorstand der Karlsruher Sängervereinigung zu überbringen, da ich leider ihre Adresse nicht besitze. Mit freudeutlichem Grusse, Ihr ergebener Dr. Gotthard E. Senfart.“

Eine Verkehrs-Zeitschrift.

Aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums hat der Verkehrsverein eine Zeitschrift herausgegeben, die, von dem Leiter der literarischen Abteilung des Verkehrsvereins, Redakteur Otto W. K. als Chronik bearbeitet, in Kürze die Geschichte des Vereins aufzeigt, der verdienten Persönlichkeiten gedenkt und die verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Ziele und Erfolge des Verkehrsvereins würdigt. Ein besonders wertvoller Beitrag von Schriftsteller Rudolf Proschky, Leiter der Pressestelle des Badischen Verkehrsverbandes, Karlsruhe, über Verkehrsjournalismus und eine kritische Uebersicht des Fremdenbesuches in Karlsruhe von Dr. Berendt, Direktor des hiesigen statistischen Amtes Karlsruhe, machen diese Chronik zu einem wertvollen Bestandteil einer jeden Fachbibliothek. Der Bildschmuck ist sinngemäß ausgesucht, die Broschüre enthält alte, neue und neueste Motive von Karlsruhe.

Die Kongressstadt Karlsruhe. Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, findet der nächste Deutsche Wandertag des Deutschen Wanderverbandes im Jahre 1930 in Karlsruhe statt.

Erhöhte Aufwendungen für den Wohnungsbau

Was Karlsruhe an Wohnungen aufzuweisen hat.

Der Stadtrat hat für den Wohnungsbau neue bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt, die den Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung beschließen werden.

1. Der Vorschlag der Wohnungsbauförderung des Teils II der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1928 wird wie folgt geändert: Der Ausgabeplan § 11 d der Wohnungsbauförderung (Zinsen für Wohnungsbauleihen 1925 bis 1927) wird um 100 000 RM., d. h. von 893 000 RM. auf 993 000 RM., und damit auch der Gesamtausgabeplan § 11 (Zinsen und Kosten für aufgenommene Kapitalien) von 1 222 600 RM. auf 1 322 600 RM. erhöht, ebenso der unter Teil II Ziff. 3 b der Stadthauptkasse erscheinende gleiche Einzahlungsbeitrag und der unter Teil II Ziff. 1 b erscheinende Ausgabebeitrag von 2 328 000 auf 2 228 000 RM.; hiergegen wird der Ausgabeplan § 12 der Wohnungsbauförderung (Gewährung von Bauhypotheken) um 100 000 RM., also von 1 500 000 RM. auf 1 600 000 RM. erhöht.

2. Der auf Grund der Gemeindebeschlüsse vom 13. Februar 1928 und vom 28. Juni 1928 für die Förderung des Wohnungsbauens im Rechnungsjahr 1928 zur Verfügung stehende Kapitalbeitrag von insgesamt 4 750 000 RM. wird um 600 000 RM., also auf 5 350 000 RM., erhöht.

Zur Deckung des Mehrbetrags haben zu dienen:

a) Weitere Wirtschaftsmittel gemäß Ziffer 1 in Höhe von 100 000 RM. (bisher 1 500 000 RM., also künftig 1 600 000 RM.),

b) weitere beim bad. Staat zur Förderung des Wohnungsbauens aufzunehmende Kommunalanleihen in Höhe von 500 000 RM. (bisher 1 500 000 RM., also künftig 2 000 000 RM.).

Zur Aufnahme der weiteren Kommunalanleihen nach Maßgabe der hierfür geltenden Bestimmungen wird der Stadtrat ermächtigt, die Verwendungsdauer dafür wird bis zum 1. April 1930 erstreckt.

3. Entsprechend der Erhöhung der Mittel darf erhöht werden:

a) die Summe der Bauhypotheken um 600 000 RM. (bisher 4 750 000 RM., also künftig 5 350 000 RM.),

b) die Summe der Förderungsbeiträge, aus denen die Zinsbeihilfen zu berechnen sind, um 1 000 000 RM. (bisher 9 000 000 RM., also künftig 10 000 000 RM.).

Von den zur Förderung des Wohnungsbauens zur Verfügung stehenden Mitteln dürfen, unter entsprechender Kürzung des Betrages für Bauhypotheken, weitere 100 000 RM. für Schwemmkanäle und in Zukunft auch für Kanalarbeiten abgewandt werden (bisher 200 000 RM., also künftig 300 000 RM.).

Im Falle die endgültige Rechnung der Wohnungsbaukosten des Jahres 1928 an verfügbaren Wirtschaftsmitteln, Grundstücks- und Anlehensmitteln Beträge ergibt, die über die in Ziffer 2 und 3 genannten Summen hinausgehen, so dürfen auch die überschüssenden Beträge zur Förderung des Wohnungsbauens verwendet werden. Für den Fall, daß die vorgesehenen Summen durch das endgültige Rechnungsergebnis nicht erreicht werden, so sind die gemäß Ziffer 2 und 3 zur Förderung des Wohnungsbauens zur Verfügung stehenden Beträge entsprechend zu kürzen.

6. Wenn zum Zwecke der Erlangung von Tilgungshypotheken auf Erbbaurechten, auf denen im Rechnungsjahr 1928 Wohnungsneubauten errichtet werden, mit der Realofferte zur Sicherung des Erbbaurechtes hinter diese Hypotheken zurückgetreten werden muß, darf die Stadt dem Gläubiger des Erbbaurechtes gegenüber die Auszahlung für den Erbbaurecht übernehmen. Der Gesamtbetrag der zu verbürgenden Erbbaurechte darf 10 000 RM. oder Öm. nicht überschreiten.

Wenn sich das Rechnungsergebnis bezüglich der für die Finanzierung des Wohnungsbauens im Jahre 1928 bereitgestellten Kapitalien aus der Wirtschaft, aus dem Wohnungsbaugrundstock und aus den restlichen Anlehensmitteln von 1927 günstiger gestalten sollte, heißt es ergänzend in der Vorlage, so darf auch der vorgesehene Gesamtbetrag von 5 350 000 RM. entsprechend erhöht werden; hierbei umgekehrt das Rechnungsergebnis unter dem Sollbetrag, so folgt daraus auch eine Minderung des für die Förderung des Wohnungsbauens möglichen Aufwandes.

Der Wohnungsbestand in Karlsruhe.

Zahl der Wohnungen	Bestand am 1.1.1919	Bestand am 1.1.1928	Reinzugang
zu 1 Zimmer	1 747	1 979	232
„ 2 Zimmern	10 779	11 654	875
„ 3	10 200	12 765	2 565
„ 4	4 925	5 988	1 013
„ 5	2 391	2 560	169
„ 6	1 261	1 291	30
„ 7	697	722	25
„ 8 „ u. mehr	725	738	13
Insgesamt	32 725	37 677	4 952

Hiernach hat sich die Gesamtzahl der Wohnungen (durch Neu-, Um- und Einbauten) in neun Jahren um 15 v. H. vermehrt. Die Zunahme ist bei den einzelnen Klassen der Wohnungen verschieden. Am stärksten ist sie bei den Dreizimmerwohnungen mit $\frac{1}{4}$ des Bestandes, sodann bei den Vierzimmerwohnungen mit $\frac{1}{3}$ des Bestandes.

Ein neues Schulhaus im Seldeneckschen Feld.

im Seldeneckschen Feld.

Die Stadt erwirbt nach einem Beschlusse des Stadtrats von Hans Freiherrn von Seldeneck hier zum Zwecke der Errichtung eines Schulhauses ein im Seldeneckschen Feld gelegenes Teilgrundstück im Ausmaß von 6000 qm. Als Kaufpreis ist eine Summe von 90 000 M. d. i. 15 M. für den Quadratmeter, in bar zu entrichten; die Stadt übernimmt außerdem die Verpfändung, gegen Rückkehr der Kosten durch die Anleger im Zeitpunkt der Bebauung nach Maßgabe eines besonderen Gemeindebeschlusses die nachfolgenden aufgeführten Straßen des Seldeneckschen Feldes bis Mai 1929 baureif zu erstellen: Kriemhilden-, Günther- und Hagenstraße, Burgunderplatz, Seldeneckstraße zwischen Blücher- und Hagenstraße, Deventerstraße zwischen Burgunderplatz und Hagenstraße.

Nach übereinstimmender Ansicht der Schule und der Stadterhaltung wird im Laufe der nächsten Jahre der Bau einer neuen Volksschule im äußersten Nordwesten der Stadt erforderlich. Das zu erwerbende Grundstück ist nach Form und Lage für diesen Zweck in jeder Beziehung geeignet. Es liegt am künftigen Abteilungsplatz im sog. Seldeneckschen Feld gegenüber einem Bauplatz, der schon vor einiger Zeit durch die Kath. Kirchengemeinde für die Errichtung einer Kirche erworben worden ist. Herr von Seldeneck verlangt 15 M. pro Quadratmeter also eine Gesamtsumme von 90 000 M. in bar. Es ist dies der gleiche Preis, den die Kath. Kirchengemeinde für das von ihr erworbene Kirchengrundstück bezahlt hat; er kann also angemessen bezeichnet werden. Außer der Errichtung dieses Kaufpreises wird die Herstellung der folgenden im östlichen Teil des Seldeneckschen Feldes gelegenen Straßen verlangt: Kriemhilden-, Günther- und Hagenstraße, Burgunderplatz, Seldeneckstraße zwischen Blücher- und Hagenstraße, Deventerstraße zwischen Burgunderplatz und Hagenstraße. Der Aufwand für diese Straßen einschließlich Kanalisation beträgt 162 700 M. und muß aus Anlehensmitteln entnommen werden. Dazu kommen noch Kosten

für die Versorgungsleitungen in Höhe von 71 700 M., die aus Wirtschaftsmitteln der Kasse des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts zu decken sind. Der Aufwand für den reinen Straßenbau in Höhe von 101 900 M. wird im Augenblick der Bebauung der einzelnen Baupläze zum Rückerschlag gelangen, bezüglichen werden mit Anschließ der Grundstücke an den Kanal an Kanalbeiträgen rund 70 000 M. eingehen.

Die Erfüllung der Forderung des Herrn von Seldeneck bedeutet insofern eine nicht unerhebliche häßliche Leistung, als für die Aufschließung seiner Parkanlage heute durch die Stadt eine Summe von 234 400 M. aufgewendet werden soll, die bei normaler Bauentwicklung nur nach und nach im Verlauf mehrerer Jahre ausgegeben werden müßte. Abgesehen davon, daß zwei der Straßen heute schon recht dringlich geworden sind, glaubt der Stadtrat indessen, bei Anlaß der Erwerbung des Schulhausgrundstücks das gewünschte Entgegenkommen besonders deshalb zeigen zu dürfen, weil dadurch gleichzeitig ein seit Monaten schwebender Rechtsstreit zwischen der Stadt und Herrn von Seldeneck wegen einer Anmerkungsforderung auf Grund früherer Grundstücksverhältnisse seine gütliche Erledigung durch Verzicht des Herrn von Seldeneck auf die erhobenen Aufwertungsansprüche finden kann und auch künftig etwa denkbare ähnliche Forderungen des Genannten ausgeschlossen werden.

Ein Badener Divisionschef im Internationalen Arbeitsamt. Ministerialrat Dr. Erwin Ritter vom Reichsarbeitsministerium ist zum Divisionschef im Internationalen Arbeitsamt ernannt worden. Dr. Ritter stammt aus Mühlheim und feiert im 52. Lebensjahre, 1898 trat er in den badischen Justizdienst ein und war während der größten Zeit seiner Tätigkeit in dem damaligen Ministerium für Justiz, Kultus und Unterricht beschäftigt. Im Februar 1920 wurde er als Ministerialdirektor in das Reichsministerium des Innern berufen.

Wellenänderung am Deutschlandsender.

Wie seinerzeit mitgeteilt wurde, ist nach dem Weltfunkvertrag (Washington 1927) für die auf langen Wellen arbeitenden Großrundfunksender das Wellenband 1840—1875 Meter vorgegeben. Für den Deutschlandsender hat Deutschland (entsprechend der europäischen Wellenverteilung durch den Weltfunkvertrag) die Welle 1640 Meter inzwischen durch das Internationale Büro des Fernstudienvereins in Bern notifiziert. Die technischen Maßnahmen für die Umstellung haben begonnen und werden noch im Oktober durchgeführt sein. Der neue Deutschlandsender wird also bald auf Welle 1640 Meter senden. Da im Anfang noch mit Störungen auf dieser Welle durch fremde Sender in größerem Umfange zu rechnen ist, weil die Umstellung aller Sender auf ihre neue Welle nach dem Washingtoner Vertrag erst nach und nach erfolgen kann, wird zunächst noch eine Zeitlang der alte Deutschlandsender gleichzeitig auf der bisherigen Welle 1250 Meter betrieben werden.

Eine Varieté-Revue im Colosseum:

„Die große Parade“.

Das Gebiet der Revue und jenes des Varietés zu kombinieren, scheint die Absicht der „Parade-Revue“ zu sein. Ein großer Teil der Freunde des Varietés alten Schlages, die immer wieder gern die „Spezialität“ sehen, befremdeten sich denn auch rasch mit der neuen Bekanntheit, die sie zum erstenmal machten. Die Revue ist eine Parade von schönen und prächtigen Leistungen in Tanz, Gesang, Akrobatik, Technik usw. Sie kann mit ihren vielen, das Programm verzeichnen 28, Bildern, den Besuchern in ihrer schillernden Farbigeit wohlgefallen. Wir können heute einmal die Lichttechnik mit ihrer märchenhaften Produktion an die Spitze der Leistungen stellen, denn so etwas an Farbenpracht wurde hier noch nicht gesehen. Die einzelnen Darbietungen führen die Titel: La Perle, Fächerspiele, Grottenzauber usw. Das Auge schweift in einem Raufsch von Grund- und Mischfarben, die hier mit seltener geschmacklicher Delikatesse verbunden sind. Raum irgendmann hat sich die Befriedigung in so vielen Ab- und Ohs ausgesprochen, sogar die einzelnen Bilder wurden applaudiert.

Was die einzelnen Darsteller und Artisten-Kräfte bieten, ist sehr interessant und eigenartig. Das Seltsamste ist wohl der „Ausbrecher“, König Martini Sceny, der sich aus jeder Zwangsjacke und Fessel — und zwar in den unmöglichsten Stellungen — befreit. Ein Muskelphänomen gewiss, aber erstaunlich trotz allem, denn so leicht wird das niemand nachmachen. Stimmlich gut bedacht ist das Duett Anny Hermann und Hans Höre. Fred und Lotte gefallen in ihrer mimisch vorzeiglichen, vom Jille-Geist bestimmten Groteske. Tilly und Tilly ist ein flottes modernes, in „Arbeit“ und Kostüm äußerst charakteristisches Kanapaar. Die zwei Bowling's sind zwei nicht nur mit Humor bedachte, sondern in erster Linie meisterliche Artisten der Balance. Etwas ganz Mondanes sind die Spiele am Strande mit eingeleiteter Wästelchen; hier zieht die Radfahrtruppe die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Frisch und flott ist ihr Auftreten bis zum Abgang. Aber auch Margu und Iris Duré unterhalten in bester Weise. Die Luftapha-Truppe ist eine Gruppe erstklassiger Balancekünstler und Springer. Raffig, behende und kraftvoll führen sie ihre Tricks einzeln und im Ensemble aus — eine Glanznummer. Die Parade-Girls und das Ballett Mafiera sind in einer Anzahl rhythmisch abwechslungsreicher und moderner Tänze tätig und lassen kaum einen Wunsch offen. Im Gardas weiß sich Mme. Mafiera durch ihre wohlhabende Tanzkunst in den Mittelpunkt zu stellen. Lobend anerkannt sei noch die Inszenierung (Dr. Gutmann), die Regie (Fris Duré) und die Musik (W. Wenger).

Das Publikum bedient sich hier gern der Applaus-Maschine, die jedem gratis spendet wird und macht solchen Sturm, daß die Stimmung angefaßt wird. Er gilt einzelnen und der Gesamtheit des künstlerischen Personals, das sich in seinen Bemühungen, zu arbeiten, mit Erfolg belohnt sieht.

Tagesanzeiger

Nur bei Aufnahmen von Anzeigen gratis. Samstag, den 3. November 1928.

- Bad. Landestheater: 7½—10½. Das Leben König Eduard II. von England.
- Kathausaal: 8 Uhr: Wohltätigkeitskonzert Jeseo von Buttamer.
- „Der Jahreszeiten“: 8 Uhr: Astrologischer Vortrag von Frau Irene v. Beldog.
- Colosseum: Abends 8 Uhr: Revue „Die große Parade“. Landesgewerkschule: Funfausstellung.
- Bad. Lichtspiele (Konzerthaus): 8½ Uhr: Denna Forten. Leben und Laufbahn.
- Residenz-Theater: „Alt Heidelberg“. Besprogramm.
- Stenographenverein Karlsruhe 1897: 8 Uhr: Sittungsfeier mit Ball im „Friedrichshof“.
- D. S. B.: 8½ Uhr: Bunter Abend mit Tanz in der „Gutnacht“.
- G. d. A.: 8½ Uhr: Gründungsfeier mit Ball im Stadtparkrestaurant, Glasballe.

HENSEL

Bis zum Wiedereintreffen von Gefrierfleisch empfehlen wir **besonders preiswertes** deutsches Ochsenfleisch eig. Schlachtung per Pfd. 98 Pfg. bei 2 Pfd. per Pfd 95 Pfg.

sowie sämtliche **Fleisch- u. Wurstwaren** in erster Qualität zu billigsten Preisen.

Badische Rundschau.

Autobahnstraße Hornisgrinde mit staatl. Unterstüfung gefördert.

Aus dem Stadtrat Baden-Baden.
 Baden-Baden, 2. Nov. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung Kenntnis genommen vom Ergebnis der mit dem Finanzministerium geführten Verhandlungen über den Ausbau der Autobahnstraße Hornisgrinde. Vom Finanzministerium wurde an dem, daß es sich bei dem Projekt um wirtschaftliche Interessen handelt, die auch vom Staat zu fördern sind. Das zur Herstellung durchgehenden Straßenverbindung Baden-Hornisgrinde noch fehlende Stück Hornisgrinde-Unterstadt soll in erster Linie in Angriff genommen werden.
 Der Stadtrat stimmte im Prinzip einer mit dem Reichsminister der Finanzen in Baden und der Prinzessin Tatjana Bagarina getroffenen Vereinbarung zu, wonach das Eigentum an den beiden Grundstücken der Straße (griech.-kath. Kirche) und Viktorstraße 21 und 23 auf die Stadt übergeht. Die Einnahmen aus dem letztgenannten Grundstück sollen teilweise zur Deckung des Aufwandes für die Unterhaltung der Straße, Kirche und für die Pastorat dienen.

Aus der Deutschen Volkspartei.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, der am 1. Nov. in Heidelberg unter Vorsitz des Reichsaussenministers Dr. Brüning zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage zusammentrat, hat beschlossen, den Parteivorstand der Partei auf den 23. November nach Berlin einzuberufen. In dieser Sitzung werden die Reichsminister Brüning, Curtius und Dr. Stresemann Referate halten.

Verbstagung der kirchlich-liberalen Vereinigung.

Die kirchlich-liberale Vereinigung hielt ihre 31. Landesversammlung am 31. Oktober und 1. November in Karlsruhe ab. Der Vertreterversammlung am Abend des 31. Oktober wurde an Stelle des nach seiner Verschiedenheit in die Oberkirchenbehörde zurückgetretenen Landesvorsitzenden Oberkirchenrat Schulz Oberstaatsanwalt Fischer gewählt, als dessen Stellvertreter Schulz in Auenheim. Ferner fanden die Beisitzerwahl statt. Kassenbericht wurde erstattet.
 Die Hauptversammlung am zweiten Tag wurde durch eine Morgenandacht eröffnet. Stadtkirchenrat Christ-Redarbischoffsheim hielt die Eröffnungsrede. Die öffentliche Versammlung begann unter Leitung des neuen Landesvorsitzenden Stadtkirchenrat Maas-Seidelberg, sprach über das Thema „Para pacem“ über den Weltfrieden für Freundschafsbereitschaft der Kirchen. Aus der Erfahrung als Mitarbeiter in der Bewegung von Anfang an schilderte er anschaulich die Geschichte dieser Friedensarbeit, die in 20 Jahren von Frau Wrona nahm und trotz aller Hindernisse, Mißverständnisse und Zweifel durch die Bemühungen dieses Beigeordneten hat. Nachmittags sprach Studienprofessor Gerschel über die Frage: „Ist Kirchenpolitik möglich?“ Er wies nach, daß Kirchenpolitik eine Aufgabe der Kirchenleitung sein soll, deren Einverständnis über die Idee eines reinen Christentums. Pfarrer Bourrain überbrachte die mit viel Beifall aufgenommenen Grüße des Vorstandes des Protestantischen Vereins und des Verbandes des freien Christentums. Der Landesvorsitzende erstellte den Geschäfts- und Kassenbericht. Um 10 Uhr wurde die Tagung, die einen recht guten Verlauf aufzuweisen hatte, geschlossen.

Kirchlich-positive Vereinigung.

Am 31. Oktober hielt die kirchlich-positive Vereinigung in Karlsruhe ihre Herbstversammlung ab. Etwa 100 Mitglieder aus dem Ober- und unteren Baden, Männer und Frauen, Geistliche und Laien, fanden sich in den Nachmittagsstunden im Saal des Evana. Stilles zusammen, um nach dem Gesang des Lutherliedes einen Vortrag von Pfarrer D. Deitrich über das Thema „Jesus Christus“ zu hören. Mit nachdrücklichen Worten stellte der Vortragende die Erwartungen der kirchlichen Gegenwart in das neue Jahr an die Kraft Gottes, der seinen Geist sich seine Kirche baut. An den Schluß schloß sich, vom Vorsitzenden, Kirchenrat Hermann-Karlsruhe, eingeleitet, eine freie Aussprache an, die sich auch den aktuellen Aufgaben, z. B. der Schaffung einer neuen Kirche und eines neuen Geländes zuwenden. Insbesondere wurde nachdrücklich der Wunsch ausgesprochen, es möchten die bevorstehenden Veränderungen an der Universität theologischen Fakultät Männer werden, die ihr Amt im Geiste des biblischen Evangeliums und des Bekenntnisses der Kirche ausüben.

Wieder ein Unglücksfall im Kallwert Buggingen.

Bad. Buggingen, 2. Nov. Im Kallwert Buggingen hat sich nun innerhalb kurzer Zeit der dritte Unglücksfall ereignet. In der letzten Nacht erlitt der in einem Stollen des Bergwerks beschäftigte 23jährige Arbeiter Hermann Bienger von Bisingen beim Wegschaffen einer Bohrmaschine einen schweren Schlag. Der rechte Arm wurde ihm zwischen Schulter und Ellenbogen zweimal gebrochen, so daß die Gefahr besteht, daß der Arm amputiert werden muß. Bienger wurde in die Freiburger Klinik gebracht.

Großherzogin-Witwe Hilda überfiedelt nach Freiburg.

Bad. Badenweiler, 2. Nov. Die ehemalige Großherzogin Hilda hat nunmehr Badenweiler nach längerem Aufenthalt verlassen. Sie wird ihren am 5. November stattfindenden Geburtstag in Freiburg verbringen.

Der Täter und der Mensch.

War es Verzweiflung, die Giotth zu seiner sinnlosen, schrecklichen Schießerei trieb?

Heute bereut Giotth.

Der vierte Verhandlungstag zum Prozeß Giotth. Man sucht noch immer nach den Beweggründen der Tat. Nach den urfälligen Quellen im menschlichen Inneren des Angeklagten, aus denen — fürchterlichen Explosionen gleich — die drei vollendeten und weiteren drei verübten Mordtaten mit so unheimlicher Pöblichkeit entspringen. Der Täter leugnet nicht, aber er will sich nicht mehr entsinnen können.
 Die Anklage des Staatsanwaltes fußt auf zwei Worten: „vorfälligkeit“ und „Mord“. Er suchte sich seinerzeit seine Opfer aus, er zielte ruhig, äußerlich ruhig, und traf einen nach dem andern, wie er beschloß. Welchen Weg ging in diesem Menschen die Verzweiflung, müssen wir uns fragen, wenn wir weiter hören: Nach der Tat stellt sich Giotth selbst der Polizei, legt ein Geständnis ab; es heißt, er sei ein strebsamer Arbeiter, ein Mensch mit Ehrgeiz, der vorwärts kommen wollte (er gibt Schifanen an, mit denen man ihn gekümmert habe), ferner sei er ein williger Kamerad gewesen, schon in der Schule ein fleißiger Junge, der aufstieg; er galt als eigenwillig (Ehrgeiz), aber tüchtig. Seine Blutanten hätte ihm feiner, der in diesem Prozeß zu Wort gekommen ist, zugeordnet. Wo sind also die Beweggründe? Dieser Angeklagte, dessen schreckliche Taten man bis jetzt noch nach keiner Richtung hin zu beurteilen weiß — sie beruhen weder auf den Anzeichen notorischer Verbrechens, noch lassen sie die Merkmale einer hemmungslosen Verzweiflung erkennen — dieser Angeklagte, siebenundzwanzig Jahre alt, mittelgroß, schlant, Vater von zwei unehelichen Kindern, ein Mensch, der (trotz allem) zu wissen schien, was er im Fallein erstreben wollte, macht angeklagt das gerichtliche Verfahren einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. Tief nach vorne geneigt, betritt er, fast mit schleppendem Gang, den Verhandlungsraum. Sein scharfgeschnittenes Gesicht ist bleich, die Augen gerötet, rotblonde Haarsträhnen fallen über die Stirn, der Blick scheint ausgeblüht. Vielleicht neigt er der Absicht, einen geistesgestörten Eindruck zu erwecken, nicht zuwider. Seine Antworten folgen mühsam den Fragen, erstlingen stotternd, oft weinerlich; während sein Körper sich unter ständig fruchtlosen Bitten wendet. Er weiß, daß seine Tat fürchterlich war. Ist dies Neue, oder wach ein Mensch ist dieser Giotth?
 Es handelt sich bei diesen Untersuchungen über den Täter und seine Tat nicht darum, den Prozeßfall Giotth irgendwie problematischer zu gestalten, als er vor den Richtern ohnehin zutage tritt. Die schwere Frage, wie mit dem Angeklagten der ungeachtet aller unergründlichen Beweggründe seine blutigen Morde im Zustande eines aufgeschreckten Affektes begangen hat, im Urteil zu verfahren ist, bleibt von den Richtern zu lösen.

Dramatischer Fortgang der Verhandlung.

Am Samstag Plädoyer und voranschließend auch der Urteilspruch.
 Am Samstag, 2. Nov. Der vierte Verhandlungstag nahm einen dramatischen Verlauf. Der Angeklagte, der schon in seiner Zelle Szenen gemacht hatte, trat mit lautem Weinen den Saal und beklagte sich den Justizmachern gegenüber wegen ungerechter Einschätzung durch einen Sachverständigen. Den Verteidiger forderte er im Saal zur Niederlegung der Verteidigung und Rückzahlung der

Zusammenstoß mit der Lokalbahn.

Bad. Lichtenan (bei Rehl), 2. Nov. An der wenig überfälligen sehr gefährdeten Stelle am Eingang des Ortes, wo die Lokalbahn eine Hauptstraße kreuzt, ereignete sich am Mittwoch wieder ein Zusammenstoß zwischen dem Lokalbahnzug und einem Kraftwagen der Ziegelei Wengenbach. Glücklicherweise konnten beide Fahrer noch rechtzeitig mit aller Macht bremsen, so daß die Wucht des Zusammenstoßes stark gemildert wurde. Sowohl die Lokomotive wie auch das Kraftauto wurden mehr oder weniger beschädigt. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

Leichenfund am Brombergkopf.

Bad. Freiburg i. Br., 2. Nov. Zwei Studenten fanden gestern abend im Gebüsch auf dem Brombergkopf die Leiche eines 30jährigen Mannes, der sich in liegender Stellung in dem nur 1.20 Meter hohen Gebüsch erhängt hatte.
 Die sofort benachrichtigte Polizei konnte infolge der Dunkelheit nichts mehr unternehmen. Heute morgen begab sich der Erste Staatsanwalt Dr. Ort mit der Mordkommission an den Tatort und untersuchte den Selbstmörder als den seit 8. Oktober verschwundenen 30jährigen Vater Fritz Honold aus der Nägelestraße 32 in Freiburg.
 Als Grund zur Tat wird Liebeskummer angenommen. Honold, der aus Neu-Ulm stammt, hatte in Freiburg ein Liebesverhältnis mit einer Kontoristin, das von seinen Eltern mißbilligt wurde. Sie drohten ihm, ihn nicht in den Besitz der väterlichen Bäckerei zu setzen, falls er das Mädchen heirate. Daraufhin hat sich Honold, der an und für sich etwas schwermütig veranlagt gewesen sein soll, das Leben genommen.

Aus der Evangel. Landeskirche

Kirchendienstaussichten.

Durch die Evang. Kirchenregierung wurde Pfarrer Dr. Georg Mersch in Heidelberg-Kirchheim auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste auf 1. Mai 1929 zurubegesetzt. Vom Evng. Oberkirchenrat wurde Pastor Gottlob Stierle in Freiburg mit der Verwaltung der Pfarrei Mengen und Evangelist Ewald Lange mit der Vernehmung des Pfarrvikariats in St. Ilgen beauftragt. — Laut Entschliesung des Staatsministeriums wurden ernannt: Rechnungsdirektor Ludwig Ziegler zum Finanzrat, die Rechnungsräte Friedrich Schmidt und Hermann Hin zu Oberrechnungsräten, Oberregistrator Gustav Huber zum Ministerialrechnungsrat, sämtlich beim Evng. Oberkirchenrat, Finanzoberinspektor Ernst Kistner bei der Evng. kirchl. Stiftungsverwaltung Karlsruhe zum Oberrechnungsrat, Oberrechnungsrat Richard Thies beim Evng. Oberkirchenrat zum Finanzrat, Finanzoberinspektor Emil Ullrich bei der Evng. Pflanzschule Schönau unter Vernehmung zum Evng. Oberkirchenrat zum Oberrechnungsrat, Finanzinspektor Heinrich Weber bei der Evng. Stiftschafferei Mosbach unter Vernehmung zum Evng. Oberkirchenrat zum Ministerialrechnungsrat und Ministerialrechnungsrat Otto Bierling beim Evng. Oberkirchenrat unter Vernehmung zum Evng. kirchl. Stiftungsverwaltung Offenbura zum Finanzoberinspektor. — An Stelle des zum Oberkirchenrat ernannten Landeskirchenrats Pfarrer Ernst Schulz ist Geh. Kirchenrat Stefan D. Friedrich Helbermann in Rötteln in die Kirchenregierung eingetreten. — Die Kirchenregierung hat genehmigt, daß in der Kirchengemeinde Bad Dürrenheim an Stelle des bisherigen Diasporaparramtes eine evng. Pfarrstelle errichtet wird.

80. Geburtstag.

H. Baden-Baden, 2. Nov. Am heutigen Tage kann der seit Jahren hier ansässige Oberleutnant a. D. Franz Brehmer seinen 80. Geburtstag feiern. Herr Brehmer kam auf eine ehrenvolle Offizierslaufbahn zurückzuführen. Er war Teilnehmer an den Kriegen 1870/71 und 1914/18. Er war zuletzt Kommandeur der Eßlinger Unteroffizierschule. Aus weiten Kreisen dürfte er Glückwünsche zu seinem Fest empfangen.

Aus der Pfalz.

Schwerer Unfall durch Leichtsin.

Bad. Roxheim (Pfalz), 2. Nov. Auf Gut Scharau versuchte ein polnischer Arbeiter einen Treibriemen, der von einer Schrotmühle herunterfiel, trotz wiederholter Mahnung, es nicht zu tun, ihn wieder hinaufzulegen, ohne die Maschine dabei abzuschalten. Der Unvorsichtige wurde vom Getriebe erfasst, herumgeschleudert und blieb mit abgerissenen Bein auf dem Boden liegen. Man transportierte ihn ins Frankenthaler Krankenhaus.

Zeppelinbegeisterung in der Pfalz.

Bad. Pirmasens, 2. Nov. Der Erwartung, daß „Graf Zeppelin“ auch die Pfalz demnach besuchen werde, hat Oberbürgermeister Strobel Ausdruck gegeben, indem er gestern morgen kurz nach Eintreffen der Landungsmelung folgendes Telegramm an den Führer des Schiffes, Dr. Eckener, gerichtet hat:
 „In heller Begeisterung jubelt dem Bewunderer der Luft die besetzte Pfalz mit dem innigen Wunsch, in Wäldern auch über uns „Graf Zeppelin“ begrüßen zu dürfen. — Strobel, Kreisstaatspräsident, Oberbürgermeister von Pirmasens.“

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Ueber Nordamerika liegt jetzt ein aus Kaltluftmassen aufgebautes stabiles Hochdruckgebiet; der tiefe Druck wird daher über dem Festland erhalten bleiben und uns weiterhin Bewölkung, zeitweise auch Regen bei wenig veränderten Temperaturen bringen.

Wetterausichten für Samstag: Wolka, zeitweise Regen, tagsüber mäßig mild.

Wetterdienst des Frankfurter Universitäts-Instituts für Meteorologie und Geophysik.

Witterungsaussichten bis Sonntag abend: Bei fortschreitender Aufweitung Temperaturrückgang.

Rheinwasserstand.

	2. November	1. November
Basel	6.93 m	6.94 m
Rehlingen	—	—
Schiffersheim	1.59 m	1.58 m
Rehl	2.62 m	2.70 m
Waxau	4.38 m	4.38 m
„	—	mittags 12 Uhr 4.34 m
„	—	abends 6 Uhr 4.34 m
Mannheim	3.16 m	3.15 m
Caub	1.99 m	1.98 m

Geschäftliche Mitteilungen.

Schöne, lehrreiche Serienbilder erhält man neuerdings beim Einkauf von Erdbal-Schubereim und Kugel-Bohnenerwasch gratis. Zurzeit werden einige besonders interessante Serien ausgegeben, die den Besuch aller Sammler finden.

Der gut angezogene Herr trägt einen ULSTER von Rud. Hugo Dietrich

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Berlin fester.

Deckungskäufe. — Elektrowerte im Mittelpunkt. Geld leichter. — Verlauf weiter lebhaft.

Berlin, 2. Nov. (Funkpr.) Die Börse zeigte bei Eröffnung ein festes Aussehen, was in erster Linie wohl auf ein härteres Deckungsbedürfnis zurückzuführen war. Allgemein war die Stimmung aber ruhiger, da man unverändert an der Hoffnung festhält, daß doch noch in nächster Zeit eine Einigung im Konflikt der Eisenindustrie erfolgen wird. Man sprach sogar von unvorstellbar wieder aufgenommenen Verhandlungen beider Parteien und berief sich auf die von beiden Seiten angeblich geäußerte Bereitwilligkeit zur gütlichen Einigung. Inwieweit diese Versionen den Tatsachen entsprechen, läßt sich bis jetzt nicht erkennen. Günstig aufgenommen wurde dann die Reise Parter Albertis nach Paris, da man annimmt, daß Frankreich nach einer Aussprache mit den Reparationsagenten eher zu einer Verständigung in der Reparationsfrage bereit sein werde. Stimulierend wirkte ferner die fortwährende Geldmarktleistungen. Das Geschäft zeigte gegenüber den Vortagen auch eine geringe Belebung. Das Kaufinteresse konzentrierte sich wieder auf den Elektromarkt, namentlich auf Schuderer. Auch der Montanaktienmarkt waren Käufnisse größeren Umfangs zu beobachten. Die überwiegenden Kurssteigerungen betragen ca. 1-1,5 Prozent. Erhöhtem Interesse begegneten Zieg.

Am Geldmarkt ermäßigte sich der Satz für Tagesgeld auf 6,5-7,5 Prozent. Der Satz für Monatsgeld blieb mit 8-9 Proz., der Satz für Warenwechsel mit ca. 7 Prozent unverändert.

Am internationalen Devisenmarkt waren keinerlei Veränderungen zu verzeichnen. Kabel gegen Berlin stellte sich auf 4,1983-4,1986, Kabel gegen London auf 4,8487-4,8490 und London gegen Berlin auf 20,5387.

Nach Festsetzung der ersten Kurse hielt die ungezügelt an dem Elektromarkt an unter Bevorzugung von Schuderer, A.W.G. und Siemens, und die Erholung konnte auch auf den übrigen Marktgebieten leichte Fortschritte machen.

Im Verlauf der Börse konnte sich die Tendenz, unterstützt durch die anhaltenden umfangreichen Interessentkäufe am Elektromarkt, zu denen sich auch Aufträge von Schuderer und dem Vernehmen nach auch von angestrichelter Seite angefallen, allgemein weiter beschleunigen. In den Vordergrund traten außerdem Zellstoff, Waldhof und Feldmühle, indem man auf bevorstehende Transaktionen mit dem Ausland bei der ersten Gesellschaft verwies, ferner Glanzstoff, Polypol und Zieg, sowie Karstadt. Starke Nachfrage zeigte sich hauptsächlich von Seiten des Rheinlandes für Kalkwerke, von denen namentlich am unnotierten Markt Krügerhoff und Kalkbrennerei bevorzugt waren. Auch Karbenaktien konnten sich auf Deckungskäufe beträchtlich beleben. In einzelnen Gewinnen gegen ihre erste Notiz: Schuderer 4,5, Siemens 2, Bergmann 3, A.W.G. 2,25, Polypol 6, Ver. Glanzstoff 6, Karstadt 2,5, Zieg 2,5, Zellstoff Waldhof 4, Feldmühle 4 und Salzdepot 3, die übrigen Werte durchschnittlich 1 bis 1,5 Prozent.

Der Privatdiskont blieb mit 6,37 Prozent für beide Seiten unverändert.

Gegen Schluß des offiziellen Verkehrs verhärtete sich das Interesse für Kalkwerke und die Terminaktien, die bisher im Vergleich zu den unnotierten Werten zurückgeblieben waren, sogen stark an. Auch die Kurssteigerungen am Elektromarkt, namentlich von Schuderer, Bergmann, sowie von Karstadt und Zieg konnten sich fortsetzen. Für Waldhof und Feldmühle hielt das Interesse an. Auch Lloyd und Papag konnten auf Käufe einer Großbank ansetzen. Die Börse schloß fest und durchweg zu den höchsten Tageskursen. Die Nachfrist von Zahlungsfähigkeit einer großen Züricher Bankfirma blieben ohne Eindruck.

Was den Rest der Börse anbelangt, wurden nur noch vereinzelt Umsätze getätigt. Die Kurse blieben beinahe. Man nannte: Danag 147,7, Elond 149,75, Danabank 287, Reichsbank 201, A.W.G. 181,5, Schuderer 233, Siemens 293, Kali Wiedersheim 270,5, Behrens 270,5, Salzdepot 483, Erdensheim 100, Wagnersmann 125,25, Karstadt 298,75, Zieg 278, Glanzstoff 850, Elber 243, Feldmühle 234, Albest 50,90, Reuboff 14,10.

Devisen.

Berlin, den 2. November 1928

Stadt	Währung	Preis	Preis	Preis	Preis
Amsterdam	100 G.	168,19	168,53	168,17	168,51
Buenos-Aires	1 Pes.	1,767	1,771	1,767	1,771
Brüssel	100 Belg.	58,27	58,395	58,27	58,390
Oslo	100 Kronen	111,76	111,98	111,76	111,98
Kopenhagen	100 Kr.	112,09	112,03	111,9	112,04
Stockholm	100 Kr.	112,09	112,31	112,08	112,30
Helsinki	100 F.	10,546	10,565	10,566	10,566
London	100 Lira	21,96	22,000	21,96	22,00
New-York	1 Doll.	4,194	4,202	4,1940	4,2020
Paris	100 Frs.	16,310	16,420	16,375	16,415
Schweden	100 Kron.	90,70	90,850	90,69	90,85
Spanien	100 Pes.	7,55	7,579	7,58	7,582
Japan	1 Yen	1,954	1,968	1,953	1,967
Bj. de Jan	1 Mill.	0,500	0,501	0,500	0,502
Wien	100 Schilling	58,98	59,10	58,98	59,10
Frankfurt	100 M.	12,431	12,451	12,429	12,448
Budapest	100000 Kr.	7,367	7,381	7,367	7,381
Bulgarien	100 Lira	3,051	3,057	3,027	3,033
Lissabon	100 Escudo	18,93	18,97	18,93	19,02
Danzig	100 Gulden	31,33	31,49	31,30	31,45
Konstantinop.	1 Lira	2,118	2,122	2,116	2,120
Athen	100 Drachm.	3,425	3,431	3,425	3,431
Kanada	1 Kan. Doll.	4,194	4,199	4,192	4,200
Uruguay	1 Peso	4,255	4,264	4,256	4,264
Kairo	100 Pfund	20,860	20,90	20,860	20,900
Indien	100 Kronen	92,06	92,24	92,06	92,24

Basler Devisenbörse. Amtliche Mittelfurse vom 4. Nov. (Witzel) von der Basler Handelsbank.) Paris 20,80%, Berlin 129,78%, London 25,30, Mailand 27,21%, Brüssel 72,22%, Dölkant 208,41%, New-York 4,194, Schweiz 5,1880, Canada 5,19%, Argentinien 2,10, Madrid und Barcelona 83,80, Ostlo 128,50, Kopenhagen 128,50, Stockholm 128,90, Belgrad 8,13, Bulgarien 3,14, Budapest 90,55, Wien 79,10, Warschau 158,25, Prag 15,40, Sofia 2,75.

Unnotierte Werte.

Karlsruhe, 2. November

Mitgeteilt von	Karlsruhe	Karlsruhe
Adler Kali	120	120
Badenia Druckerei	120	120
Badenia Maschinen	120	120
Brown Overly	158	158
Deutsche Lastauto	28	28
Deutsche Petroleum	83	83
Usselo	92	92
Interkräftwerke	20	20
Ka Industri	211	211
Kanmererwerk	40	40
Karlsruher Lebensversicherung	240	240
Karlsruher Maschinen	266	266
Königlicher Brauerei	155	155
Karlsruher Werkzeug	88	88
Koch & Wagnersberg	150	150
Spanneri Kolman	150	150
Spanneri Offenburg	150	150
Zuckerwaren Speck	9	9

*) G. = gesucht.

Um- und Ausschau.

Die rückläufige Konjunktur hält an. — Vom Kapitalmarkt. — Der Konflikt in der Eisenindustrie.

Berlin, 2. November.

Die Entwicklung unserer Wirtschaftslage bewegt sich weiter auf derselben Linie. Die Konjunkturlage zeigt zwar keine auffallende Verschlechterung, aber sie läßt im Gesamtbild doch die bisherige Tendenz allmählicher Verflauung erkennen. Die Dresdner Bank kommt in ihrem Monatsbericht zu dem Urteil, der Tiefpunkt der Konjunkturentwicklung sei ansehend noch nicht erreicht. Kennzeichnend ist auch der Bericht des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, wonach die Lage sich für die von der Industrie abhängigen Handwerksbetriebe verschlechtert hat. In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die in den letzten Monaten veröffentlichten Abschlüsse der Aktiengesellschaften im Vergleich zu den früheren Bilanzen eine nicht unbeträchtliche Verminderung des durchschnittlichen Reingewinnes aufwies. Nur die Banken und Versicherungsgesellschaften bilden von dieser Regel eine Ausnahme. Wenn sich in diesem Rückgang auch nicht ausschließlich die Verschlechterung der Konjunkturlage wieder spiegelt, so ist doch ein Zusammenhang zwischen dem Stand der Abschlüsse und der Wirtschaftslage nicht zu bestreiten. Auch die Stagnation an der Börse spricht eine recht deutliche Sprache. Sie beruht zweifellos in einer ganzen Reihe von Gründen, aber sie wäre doch nicht in dem gegenwärtigen Maße denkbar, wenn man das Vertrauen hätte, daß die Konjunkturlage eine rasche und durchgreifende Wendung zum Guten nehmen könnte.

Daß die Geldflüssigkeit anhält, beweist nichts zugunsten der allgemeinen Wirtschaftslage. Wie es scheint, werden kurzfristige Auslandsanleihen immer noch sehr stark in Anspruch genommen, um den deutschen Geldmarkt zu beleben. Man muß auch darauf hinweisen, daß über die vorhandenen Kapitalbeträge nicht immer in der richtigen Weise disponiert wird. Das für die landwirtschaftliche Wirtschaft notwendige Auslandskapital soll schon seit Anfang Juni verfügbar gewesen sein. Es wird aber erst jetzt, wie in landwirtschaftlichen Kreisen beklagt wird, seinem eigentlichen Zweck entsprechend verwendet. Im übrigen ist die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit langfristigen Krediten immer noch von ausbleibender Wichtigkeit. Auch hier machen sich ungünstige Anzeichen bemerkbar. Es ist richtig, daß die Amerika-Anleihe der Eisenerz-Hütte stark überzeichnet worden ist. Ferner ergibt sich aus der Statistik, daß die Aufnahme langfristiger Kredite im September wieder etwas gestiegen ist. Im großen und ganzen zeigt sich aber auch hier in gewissem Sinne eine rückläufige Bewegung. Im Vergleich zu der bisherigen Entwicklung hat sich der amerikanische Kapitalmarkt im dritten Quartal 1928 recht spröde erwiesen. Die Anleihebedingungen haben sich etwas verschlechtert. Immerhin sind der deutschen Wirtschaft im bisherigen Verlauf des gegenwärtigen Jahres etwas über 5 Milliarden Mark an langfristigen, in- und ausländischen Krediten zugeführt worden.

Der für die rheinisch-westfälische Eisenindustrie gefällte Schiedsspruch ist für verbindlich erklärt, obwohl er zum überwiegenden Teil eine Industrie (die eisenerzverarbeitende und Maschinenindustrie) trifft, deren Rentabilität von 9,52

Prozent in der Vorkriegszeit auf jetzt minus 0,21 Prozent zurückgegangen ist, und in der die Kapitalzusammenlegungen fast viermal so hoch sind, als im Durchschnitt der übrigen Industrien. Daß eine Industrie in solcher Lage und in solcher Abhängigkeit vom billiger arbeitenden Weltmarkt zu Arbeitskämpfen geradezu gezwungen wird, wenn weitere Lohnerhöhungen und im Zusammenhang damit auch Preissteigerungen drohen, ist selbstverständlich. Nehmliches gilt für die eisenverarbeitende Industrie, von der auch die Gwerkschaften in den Verhandlungen offen zugegeben haben, daß bei ihrer steigenden Selbstkosten und sinkenden Löhne parallel gehen. Das Ziel, um das jetzt gekämpft wird, ist ein allgemein wirtschaftliches. Kein kapitalistisch betrachtet, wäre vielleicht zu überlegen gewesen, auch die neue Lohnerhöhung nach der bisherigen „Methode“ wieder auf die Preise zu schlagen und damit den Verbrauch zu belasten. Dieser Weg — von einer so namhaften Industrie wie der Eisenindustrie auch jetzt wieder beschritten — wäre aber gleichbedeutend gewesen mit einer Entfestigung einer Lohn- und Preis-erhöhungswelle, die höchstwahrscheinlich die bereits hinter sich liegenden Bewegungen ähnlicher Art noch bei weitem übertröffen hätte. Da jetzt schon eine Konkurrenzunfähigkeit gerade in wichtigsten Fabriken mit dem Ausland besteht, wäre eine Wirtschaftskrise befeuert worden, deren Eintritt gerade in die Zeit der Reparationsverhandlungen gefallen wäre. Reparationsverhandlungen können mit Aussicht auf Erfolg aber nur geführt werden auf der Grundlage stabiler und gleichbleibender Verhältnisse, da diese die erste Voraussetzung sind für die Erfüllung solcher Verpflichtungen, die von uns zur Beringerung der jetzigen Verbindlichkeiten anzunehmen und zu übernehmen sind. Eine Stabilisierung der Verhältnisse nach innen und außen herbeizuführen, darin liegt der Sinn der nunmehr eintretenden Auseinandersetzung. Der jetzt kommende Kampf geht also weniger um die jetzt zur Diskussion stehende Mehrbelastung, sondern darum, die Auswirkungen und die Forderungen der immer wieder in Zukunft drückend auftauchenden Belastungen in Zukunft unmöglich zu machen. Diese sind im Preis- und Lebenshaltungsniveau bisher nur deshalb nicht in Erscheinung getreten, weil infolge der Wohnungszwangswirtschaft und infolge der teilweise noch unter Vorkriegsstand liegenden Preise für Agrarerzeugnisse bisher ein Ausgleich gegeben ist, der aber trotzdem schon von Anfang 1927 bis jetzt den Index für industrielle Fertigerwaren von 141,6 auf 159,5 erhöht hat. Mit dem Fortfall des letzten Ausgleichs muß sich ein Preisanstieg bemerkbar machen, der zur völligen Konkurrenzunfähigkeit führt. Um diese Dinge, d. h. um die Veränderung eines künftigen Wirtschaftsverfalls geht es. Wesentlich für die künftige Entwicklung ist die auf mehrere Gründe zurückzuführende rechtliche Unhaltbarkeit des Schiedsspruchs. Sie war dem Reichsarbeitsministerium genau bekannt. Umso erstaunlicher die Verbindlichkeitsklärung mit ihren Folgen. An sich ergibt eine Verbindlichkeitsklärung eine Annahme des Schiedsspruchs durch die Parteien; es wird also durch die Verbindlichkeitsklärung (analog dem Verfahren vor den Arbeitsgerichtsämtern) ein rein privatrechtliches Verhältnis hergestellt, das mit der Staatsautorität nicht das geringste zu tun hat. Im übrigen sind auch bei wiederholten Fällen ähnlicher Art, in denen die Gwerkschaften in den Streik treten, vom Reichsarbeitsministerium keine Schritte unternommen worden.

Die Lage am Warenmarkt.

Allgemein ruhig. — Tabake unverändert.

Gleich am Anfang der Berichtswochen wurde von den überseeischen Getreidemärkten eine kräftige Pause gemeldet, die aber in den folgenden Tagen, gestützt auf gute Ernte- und Wetterberichte, wieder verloren ging. Die Weizenangebote auf Seefrachten stehen ungefähr wieder auf gleicher Höhe wie vor acht Tagen. Die Aufnahmefähigkeit ist klein, zumal die Mühlen über unbefriedigenden Weizenlagern stehen. Für in Mannheim disponiblen Inlandsweizen stellen sich die Preise zuletzt auf 23,90-24,25 Rm. und für Auslandsweizen auf 26-28,50 Rm., wagnersfrei Mannheim. Am Roggenmarkt herrscht ebenfalls ruhiger Verkehr. Für Auslandsweizen besteht fast kein Interesse, da zunächst genügend Inlandsweizen angeboten ist, und zwar zu 23-23,50 Rm., wagnersfrei Mannheim. Hafer hatte festigen Markt, und die Forderungen haben eine kleine Erhöhung erfahren, doch ist der Konium nicht geneigt, die erhöhten Forderungen anzunehmen. Für in Mannheim disponiblen Inlandsweizen schwanken die Preise, je nach Qualität, zwischen 23,50-24 Rm. franko Mannheim. In Werke zu Branntwein war die Tendenz ruhig bei kleinem Geschäft und etwas ermäßigter Nachfrage. Für badische, heimliche und mährische Branntwein forderte man heute 27,75-28,50, für Wälder 26,50-27,50 und für Fintzer 26-28,50 Rm., wagnersfrei Mannheim. — Mais lag in Vereinbarung mit den erhöhten Forderungen vom Auslande fest. Für Da-Pata-Mais verlangt man heute 22,75 Rm. für die 100 Kg. mit End, wagnersfrei Mannheim.

Am Futtermittelmarkt hat sich die Lage nicht viel geändert. Die Nachfrage ist befristet, doch blieben die Preise vollständig unverändert, da die schwache Tendenz der Getreidemärkte verkommen wirkte.

Sojapollen hatten unveränderten Markt bei kleinem Umsatz. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Am Anfang der Woche war eine kleine Belebung am Weizenmarkt festzustellen, doch hat diese Ende der Woche wiederum einer größeren Zufloßigkeit Platz gemacht. Die Umsätze waren klein. Für süddeutsche Weizenmehl, Spezialmehl, stellt sich der Großmüllpreis heute auf 84,50 und für süddeutsches Roggenmehl auf 80,50-83 Rm., wagnersfrei Mühl.

Tabak. Bei einer Einschreibung in Speyer wurden Sandblätter der Hoffmannsvereinigung aus der Oberpfalz zu den bisherigen Preisen von ca. 65 bis 76 Rm. plus Zuschlag verkauft. Ferner gelangten zum Verkauf einige hundert Zentner Sandblätter vom Rheinland zu 81 Rm., sowie die Sandblätter einiger kleinerer heimischer Gemeinden zu 82 und 84 Rm., während bei dem Angebot der Sandblätter aus Lamprecht kein Gebot erfolgte. Ein kleines Geschäft Frühlingsab aus der Speyerer Gegend erzielte 73 Rm. In der Oberpfalz hat der Verkauf von freiem Sandblatt ebenfalls begonnen, wobei die Pfänder bis ca. 75 Rm. per Zentner erzielten. Einige Reichpartien badischer Gruppen wurden zu 38-41 Rm. übernommen. Der Handel bezieht sich bisher im Einkauf nur sehr schwach. Hauptkäufer sind einzelne Rauchfabriken. Der Markt in alten Tabaken ist nach wie vor fest. In Debbesheim wurden einige hundert Zentner 1927er Tabak zu 88 bis 84 Rm. verkauft.

Seinnstoffe. Bremen, 2. Nov. Baumwolle. Schlußkurs: American middling Universal Standard 38 mm loto per engl. Pfund 20,96 Dollarcent.

Rheinische Hypothekendarlehen Kapitalverdoppelung.

Unter am den 7. Dezember d. J. einberufenen. G. R. wird die Erhöhung des derzeitigen Kapitalvermögens unverändert gebliebenen Aktienkapitals von 6 auf 12 Mill. Rm. vorgeschlagen. Die Erhöhung ist im Hinblick auf die geleisteten Vorarbeiten über die Pfandbriefausgaben und den Umfang der Pfandbriefausgaben im Verhältnis 1:1 zum Bezüge angeboten werden. Mit dieser Erhöhung wird die Einbuße, welche die Aktionäre — gleich Aktionären aller Hypothekendarlehen — durch die Pfandbriefausgaben erleiden, auf ein Jahr hinausgeschoben. Die Aktionäre sind in der Lage, sich durch die Erhöhung des Aktienkapitals zu beteiligen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen die Angelegenheiten der Pfandbriefausgaben. Die Aktionäre sind gebeten, sich zu dem Zweck der Erhöhung des Aktienkapitals zu beteiligen. Die Aktionäre sind gebeten, sich zu dem Zweck der Erhöhung des Aktienkapitals zu beteiligen. Die Aktionäre sind gebeten, sich zu dem Zweck der Erhöhung des Aktienkapitals zu beteiligen.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 2. Nov. (Drachbericht.) An der Börse war die Gesamttendenz durch die weitere Wertbewegung der Schuldertitel, die heute 2,62 Prozent gewonnen, günstig beeinflusst. Der Kurs der Aktien lag bei 2,5 Prozent. Es sind die bekannten Kombinationen der hier Anlegung bieten. Daneben Waldhof 2,5 Prozent. Höher, da nach Informationen der Kapitalerhöhung und größerer Transaktionen zu rechnen ist. Rhein. Hypothekendarlehen auf die Kapitalverdoppelung um 8 Proz. höher gelautet. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer.

Frankfurt, 2. Nov. (Drachbericht.) An der Börse war die Gesamttendenz durch die weitere Wertbewegung der Schuldertitel, die heute 2,62 Prozent gewonnen, günstig beeinflusst. Der Kurs der Aktien lag bei 2,5 Prozent. Es sind die bekannten Kombinationen der hier Anlegung bieten. Daneben Waldhof 2,5 Prozent. Höher, da nach Informationen der Kapitalerhöhung und größerer Transaktionen zu rechnen ist. Rhein. Hypothekendarlehen auf die Kapitalverdoppelung um 8 Proz. höher gelautet. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer. Die Aktien lagen ruhig. Kalkwerke eher etwas schwächer.

Märkte

Produkte und Kolonialwaren.

Berlin, 2. Nov. (Funkpr.) Produktmarkt. Ebenfalls ruhig. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Amerikanisches Getreide. Chicago, 2. November. (Funkpr.) Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Metalle. Berlin, 2. Nov. Metallnotierungen für je 100 Elektrolyt Kupfer prompt ein Hamburg, Bremen, Rotterdam (Notierung der Vereinigung für die Elektrolyt Kupferindustrie) 151,73 Rm. — Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Metalle. Berlin, 2. Nov. Metallnotierungen für je 100 Elektrolyt Kupfer prompt ein Hamburg, Bremen, Rotterdam (Notierung der Vereinigung für die Elektrolyt Kupferindustrie) 151,73 Rm. — Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Metalle. Berlin, 2. Nov. Metallnotierungen für je 100 Elektrolyt Kupfer prompt ein Hamburg, Bremen, Rotterdam (Notierung der Vereinigung für die Elektrolyt Kupferindustrie) 151,73 Rm. — Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Metalle. Berlin, 2. Nov. Metallnotierungen für je 100 Elektrolyt Kupfer prompt ein Hamburg, Bremen, Rotterdam (Notierung der Vereinigung für die Elektrolyt Kupferindustrie) 151,73 Rm. — Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

Metalle. Berlin, 2. Nov. Metallnotierungen für je 100 Elektrolyt Kupfer prompt ein Hamburg, Bremen, Rotterdam (Notierung der Vereinigung für die Elektrolyt Kupferindustrie) 151,73 Rm. — Weizenmarkt. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Preise sind die gleichen wie in der Vorwoche.

